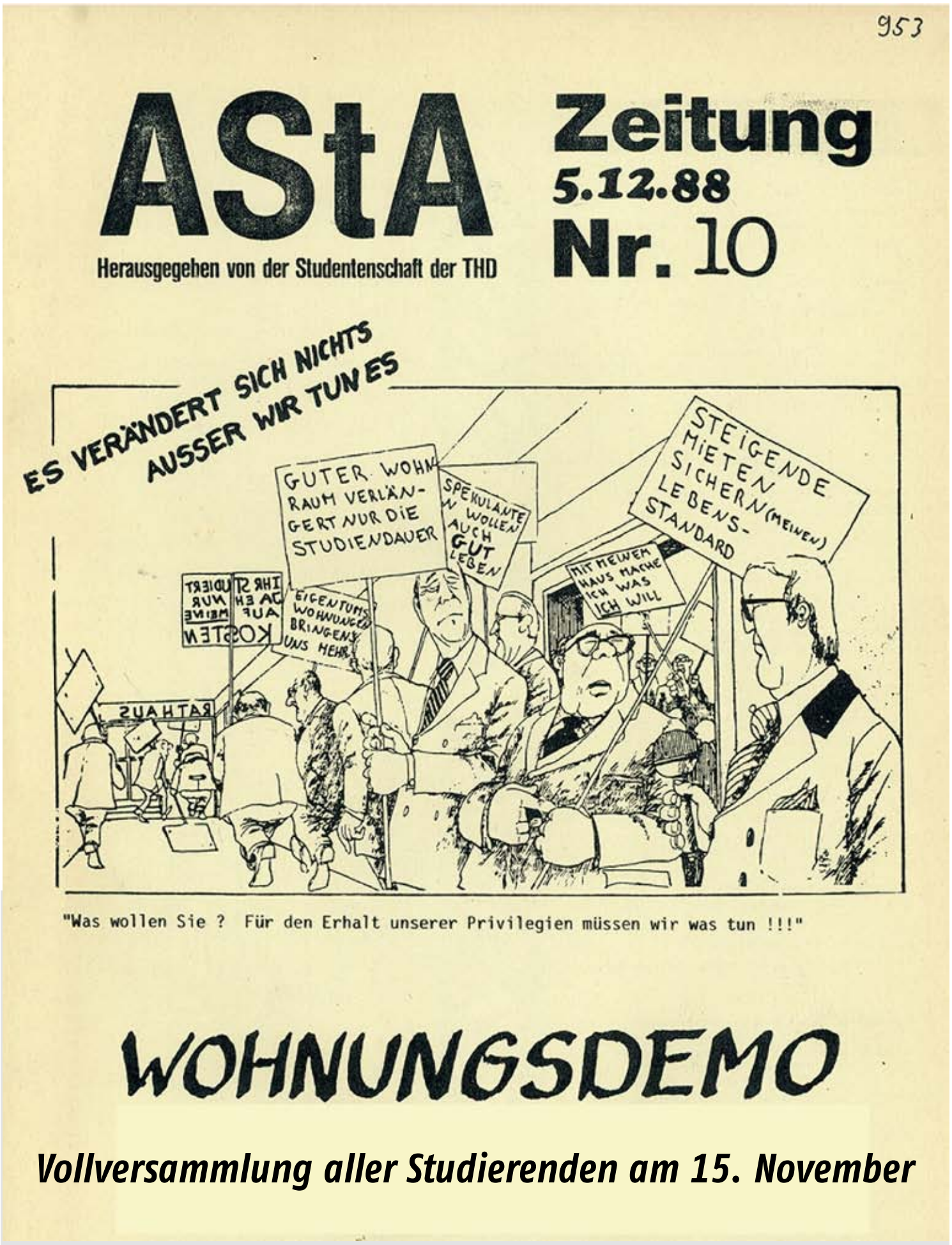
lesezeichen

Zeitung des AStA der TU Darmstadt | Ausgabe Wintersemester 2012/13 | www.asta.tu-darmstadt.de



953

ASta Zeitung
5.12.88
Nr. 10

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

"Was wollen Sie ? Für den Erhalt unserer Privilegien müssen wir was tun !!!"

WOHNUNGSDEMO

Vollversammlung aller Studierenden am 15. November

Themen:

- Wohnungsnot: Was können wir dagegen tun?
- Erste Impressionen der neuen ULB
- Die Entstehung der Verfassten Studierendenschaft
- Zivilklausel an der TU Darmstadt
- Konflikt um die Autonomen Tutorien

AStA TU Darmstadt

WiSe 2012/13

Inhaltsverzeichnis

2 **Editorial**

3 **Termine**

4 **In eigener Sache**

Protest
5 Kasernen zu Wohnheimen
6 Reclaim Education - Aufruf zum Bildungsprotest 2012
7 kritischer Wissenschafts-kongress in Marburg
7 Studiengebühren

Unileben
8 Impressionen ULB-Neubau
10 zwanzig° Fahrradwerkstadt
10 Hochschulwerbung
11 Verkehrschaos in Darmstadt
11 Ausstellung Krieg im Kongo

Gesellschaft
12 Reflektionen zum CSD 2011
12 Krise & Ausnahmezustand
13 Pussy Riot
14 Proteste im Sudan
15 Nationalismus
15 Kürzungen in Darmstadt
15 Perspektivlosigkeit
16 Oetinger Villa

Hochschulpolitik
17 Stipendienkritik
17 APB-Novelle
18 Autonome Tutorien
20 Zivilklausel
22 Verf. Studierendenschaft
23 Solidarität mit Sachsen
23 TU-Präsident*innenwahl
24 Hochschulwahlergebnisse

Editorial

Liebe Studierende,
das Wintersemester steht vor der Tür, was für viele von euch den Beginn eures Studiums darstellt. Nachdem ihr in den Orientierungswochen sicherlich von uns gehört habt, möchte euch der Allgemeine Studierendenausschuss, kurz: AStA, ganz herzlich an der TU begrüßen. Genau wie ihr freuen wir uns auf das neue Semester, denn neben dem Studienalltag stehen eine Menge Neuerungen und Projekte rund um den Campus an.

Diese Ausgabe der AStA-Zeitung rekapituliert vor allen Dingen die hochschulpolitischen Veränderungen, die von Studierenden aktiv begleitet und mitgestaltet wurden. Eine der bedeutendsten Neuerungen ist die "mündliche Ergänzungsprüfung" (mEP), die es erlaubt, eine dritte, nicht bestandene schriftliche Prüfung immerhin auf ein "ausreichend" zu verbessern. Was das für Euch Studierende bedeutet, erfahrt Ihr auf Seite 17. Außerdem begrüßt der AStA die Einführung der sogenannten "Zivilklausel", mit der Forschung und Lehre friedlichen Zielen verpflichtet werden und für die wir uns schon lange stark gemacht haben. Über Entwicklung und Einführung, aber auch mögliche Konsequenzen der Umsetzung berichten wir auf Seite 20. Eine lange Debatte entspann sich in Folge der Entscheidung der QSL-Kommission, die vom AStA angebotenen "Autonomen Tutorien" einstweilig einzustellen. Auf Seite 18 erläutern wir, wie es dazu kommen konnte und wie wir darauf reagiert haben.

Auch Perspektiven spielen in der Hochschulpolitik eine wichtige Rolle. Aktuell treibt uns die Aussicht auf ein bundesweit gebührenfreies Studium an. Denn in den letzten Gebührenländern - Niedersachsen und Bayern - kündigt sich Protest an, den wir in Darmstadt tatkräftig unterstützen werden, mehr dazu auf Seite 7. Nicht zu kurz kommt dabei natürlich auch die Wohnungsnot im Rhein-Main-Gebiet, die sicher viele von euch beschäftigt (Seite 6).

Die mit Spannung erwartete Eröffnung des ULB-Neubaus wird sich zwar noch um einige Zeit verzögern, doch der AStA konnte einen ersten Blick auf die Räumlichkeiten werfen. Verschafft euch auf S. 8 einen Eindruck, was euch in der neuen Bibliothek erwartet. In Kürze werden auch die Räume für die vom AStA betriebene Fahrradwerkstatt "zwanzig°" fertiggestellt, über die ebenfalls in dieser Ausgabe berichtet wird.

Dass es überhaupt so etwas wie einen AStA gibt und Möglichkeiten existieren, aktiv an der Entwicklung der Universität mitzuwirken, ist ein Ergebnis eines komplexen geschichtlichen Prozesses, über den ihr auf S. 22 mehr lesen könnt. Doch diese Errungenschaften und Mitbestimmungsmöglichkeiten geraten aktuell in Sachsen unter politischen Beschuss. Dieser Entwicklung erteilt die Landes-Asten-Konferenz Hessen auf Seite 23 eine klare Absage.

Doch nicht nur Hochschulpolitik findet in dieser Zeitung ihren Platz. So stellen wir euch das Jugend- und Kulturzentrum Oetinger Villa vor, setzen uns mit dem grassierenden Nationalismus auseinander und berichten unter anderem zur aktuellen Lage der Studierenden im Sudan.

Das Lesezeichen wurde, wie üblich, ehrenamtlich von Referent_innen des AStA und anderen Engagierten nach eigener Schwerpunktsetzung verfasst, woraus die inhaltliche und stilistische Vielfalt der Zeitung entstanden ist.

- Für Anregungen, Kritik und Kommentare sind wir stets offen und freuen uns, wenn DU dich einbringen möchtest! -

Wir wünschen euch viel Spaß mit der aktuellen Lesezeichen-Ausgabe und ein schönes Wintersemester.

Euer AStA der TU Darmstadt

Impressum

lesezeichen. Zeitung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) der Technischen Universität Darmstadt
c/o AStA TU Darmstadt
Hochschulstr. 1
64289 Darmstadt

Ausgabe: 15. Oktober 2012
Redaktion: Marlene Förster, Philip Krämer, Alexander Lang, Falko Rimmler, Manuel Sepehri
Layout: Sebastian Ankenbrand & Matty Speck
V.i.S.d.P.: Alexander Lang
Titelbild: Cover der AStA-Zeitung Nr. 10 von 1988

Auflage: 3000

zeitung@asta.tu-darmstadt.de
www.asta.tu-darmstadt.de
Der AStA der TU Darmstadt ist ein Organ der Studierendenschaft. Die Studierendenschaft der TU Darmstadt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Kommentare spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des AStAs wieder.

AStA-Sitzungen

Stadtmitte S1|03/56
Dienstag und Donnerstag 17:00

Büro

- Stadtmitte
Gebäude S1|03, Raum 56
Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt
Mo-Mi: 9:30-13:00 & 13:30-17:00 Uhr
Do,Fr: 9:30-15:00 Uhr

- Lichtwiese
Mensa Gebäude, Glaskasten
Petersenstraße 14
64287 Darmstadt
Mo-Do: 9:30-15:00 Uhr
Fr: 9:00-13:30 Uhr

Kontakt

Büro Stadtmitte
Tel.: 06151/ 162117

Büro Lichtwiese
Tel.: 06151/ 163217

Email: service@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Hochschulpolitik:
hopo@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Feminismus/Gleichsstellung:
gleichsstellung@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Fachschaften:
fachschaften@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Nachhaltigkeit:
nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Finanzen:
finanzen@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Soziales:
soziales@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Mobilität:
verkehr@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Öffentlichkeit:
oeffentlichkeit@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Antifa:
antifa@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Queer
queer@asta.tu-darmstadt.de

Termine und Veranstaltungen

Hier findet ihr Infos zu angekündigten Veranstaltungen, die ihr nicht verpassen solltet:

18. Oktober 2012: Kampagnenstart "Kein Zufall" und Auftakt für den Global Education Strike im November

10. November 2012: Hünfeld Nazifrei – Bunt statt braun! Für Demokratie und gegen Faschismus!
Rechtsradikalen Ideologien soll weder in Hünfeld noch irgendwo anders Raum geboten werden. Deshalb ist wichtig, sich für eine offene, demokratische Gesellschaft einzusetzen, in der ein Zusammenleben in Freiheit und ohne Angst möglich ist. Nähere Infos unter: *huenfeldnazifrei.wordpress.com*

10. November 2012: Gipfel für bezahlbaren Wohnraum
Hörsaal 36 im Schloss. Eine gemeinsame Veranstaltung von Gewerkschaften, ASten und Mieterbund für mehr bezahlbaren Wohnraum in Darmstadt. Über das Programm berichten wir kurzfristig auf unserer Homepage.

14. November 2012: bundesweit dezentraler Aktionstag gegen Studiengebühren
In Darmstadt werden wir mit der Aktion „Betteln für Bildung“ Geld für die Studiengebührenzahler_innen in Niedersachsen und Bayern sammeln und es ihnen im Anschluss übergeben.

15. November 2012: Vollversammlung aller Studierenden
Schwerpunkt der Vollversammlung werden die Proteste im November sein, thematisch bedeutet das Beiträge zur Wohnungsnot, Studiensituation und Studiengebühren. Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben, eine weitere Einladung an alle Studierenden erfolgt per Mail.

15. November 2012: Rechte und Ansprüche in Nebenjob und Praktikum
S3/06 Raum 052. Praktikum oder Nebenjob wird zwangsläufig auf jede_n Studierende_n zukommen, weshalb sich nicht früh genug auf das Arbeitsverhältnis vorbereitet werden kann. Bei einer gemeinsamen Infoveranstaltung von DGB-Hochschulgruppe, Kooperationsstelle Wissenschaft & Arbeitswelt Darmstadt und der Fachschaft Elektrotechnik gibt Irmgard Seefried, Arbeitsrechtlerin der IG Metall, Auskunft und beantwortet Fragen zum Arbeitsrecht. Beginn: 18:00 Uhr

16.-18. November 2012: kritischer Wissenschaftskongress "Gebt uns Geld und lasst uns in Ruhe" in Marburg
Bei dem Kongress werden verschiedene Fragen aufgeworfen: Wie kann Kritik unter den aktuellen Bedingungen vorgebracht werden? Wie sehen Karrieren von kritischen Wissenschaftler_innen aus? Nach welchen Kriterien werden Forschungs- und Lehrgelder verteilt? Lassen sich die Probleme von Wissenschaftler_innen und kritischer Wissenschaft analog zu Problemen in anderen Teilen der Gesellschaft verstehen? Dazu wird es Diskussionen anhand eines Eröffnungsvortrag, drei Panels mit den Titeln „Bildung als Ware“, „Unternehmerische Hochschule“ und „Arbeitsfeld Hochschule“ und daraus resultierender Resolutionen geben.

24. November 2012: Ladyfest in der Oettinger Villa
Von Ladie*s für alle! Am Nachmittag werden Workshops angeboten, gefolgt von Konzerten und DJ-Mukke bis in die Nacht. Achtet auf Flyer und Plakate in der ganzen Innenstadt. Nähere Infos: *www.ladyfest-darmstadt.de*

26. November 2012: Infoveranstaltung zur Zivilklausel
Mit der Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung werden Forschung und Lehre an der TU dazu verpflichtet, ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken zu dienen. Doch was heißt das genau? Moritz Kütt und Prof. Dr. Hubig erläutern, was es damit auf sich hat. Beginn ist 16:15 Uhr. Nähere Infos findet ihr auf der AStA-Homepage

18. Januar 2013: Bundesweite Demo gegen Studiengebühren in Hannover

Ringvorlesung Nachhaltigkeit

immer Mittwochs um 18:30 Uhr

21.11.2012 Einführung
28.11.2012 Wasser
05.12.2012 Agrarkapitalismus, Gentechnik
12.12.2012 Klima
19.12.2012 Ernährung, Veganismus
09.01.2013 Verkehrswesen, Stadt
16.01.2013 Gesellianer, Esoterik
23.01.2013 Greenwashing, Konsumkritik

Pressekonferenz zur Zukunft des 603qm
Foto: Susann Weißheit

Ladyfest 2011 in Darmstadt
Foto: Susann Weißheit

Antikapitalistische Demonstration M31 in Frankfurt
Foto: Anarchistische Gruppe Freiburg (CC BY-NC-SA)

Bildungscamp in Wiesbaden Foto: unbekannt

Das Referat für Nachhaltigkeit informiert: Die Solidarische Landwirtschaft wächst und gedeiht!

Kleeblatt-Feld im Juli — Foto: Solidarische Landwirtschaft

Mach mit und erfreu dich an einer Vielfalt feldfrischer Gemüse und Salate! Wir planen im Herbst/Winter gemeinsam, was wir im nächsten Jahr anbauen und essen wollen. Somit ist die kommende Zeit ideal, um in eines unserer zwei Projekte einzusteigen. Wir haben ein kleines Projekt zum Mitgärtnern, 'Kleeblatt' in Griesheim und ein größeres Projekt für Menschen, die zu wenig Zeit für regelmäßiges Gärtnern haben, den 'Birkenhof' in Egelsbach.

Das Konzept der SoLaWi findet ihr in der lesezeichen-Ausgabe vom Sommersemester 2012 entweder in Printform im AStA oder auf der AStA-Homepage.

Kontakt: *nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de*
Website: *www.solawi-darmstadt.de*

AStA-Referat für internationale Studierende

Der Aufgabenbereich im Referat für internationale Studierende betrifft Angelegenheiten internationaler Studierender, von deren Integration ins Studiensystem, über deren Beratung und Betreuung, bis zu interkulturellen Aktivitäten.

Aktuelle Aktivitäten des Referates:

- Beratung für internationale Studierende

Wir unterstützen internationale Studierende bei Problemen in einer Beratungsstunde (zur Zeit: Di. 15 - 17 Uhr oder nach Vereinbarung *international@asta.tu-darmstadt.de*)

- Betreuung des Projekts „TUtor international"

Mit dem Programm aus Lerngruppen, Trainings, Workshops und Sprechstunden, aber auch mit unseren Freizeitaktivitäten (Landesküchen- und Kulturreisen, Exkursionen, Parties) haben wir schon viele Studierende und Menschen aus vielen Ländern der Welt zusammengebracht.

- Vernetzung mit anderen Hochschulen und Studierendenschaften zum Thema internationale Studierende

Es geht hier um Erfahrungsaustausch und Austausch über Probleme, die andere Studierendenschaften genauso betreffen.

Weitere geplante Aktivitäten:

- Zusammenarbeit mit den internationalen Vereinen an der TU-Darmstadt, um ein besseres Angebot für internationale Studierende anbieten zu können.

- Vollversammlung internationaler Studierender, um ihnen eine Möglichkeit zu geben, Probleme an der Uni ansprechen zu können

Ressort for international Students

The AStA ressort for International students cares for all international students in university and corresponds to their problems. Its work ranges from counseling services to intercultural activities, aiming to integrate international students into the study system and the local culture.

Activities of the ressort

- Counseling

Counseling for international students – timing every Tuesday between 15:00 to 17:00 hrs and also with prior appointment: *international@asta.tu-darmstadt.de*

- TUtor International

It is a project of AStA and comprises learning groups, various trainings and counseling services to help the international students and to increase their overall competencies. Intercultural activities like regional cooking evenings and visits to special places of interest have already brought many students from different cultures together.

Further planned activities

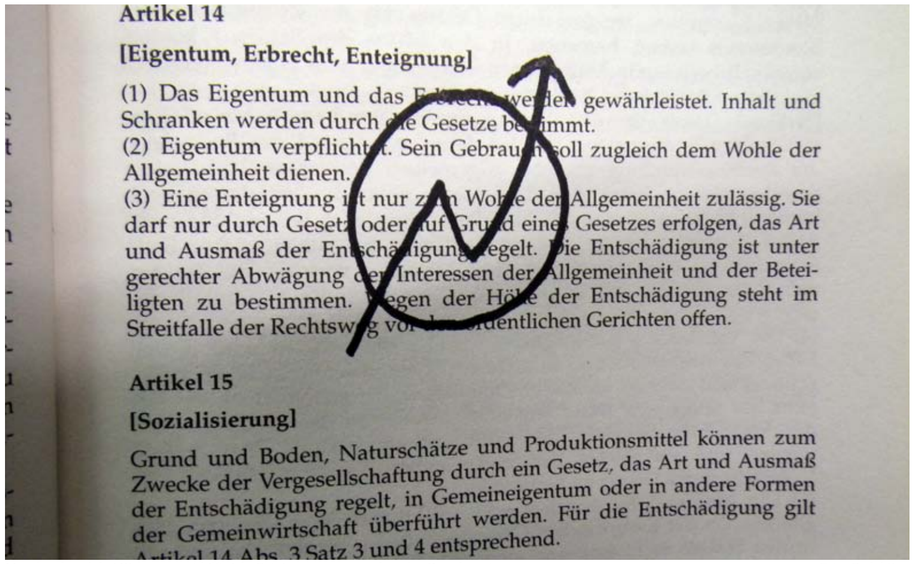
- Networking with other universities and their respective student councils to exchange information on common problems students are confronted with and make collective efforts to solve them

- Cooperative work with international student organizations within the University

- General assembly of all foreign students in the university whereby the students are given an opportunity to share their opinions freely with regard to the university life and suggest development measures which could be worked on.

Kasernen zu Wohnheimen

oder: Wie sich der Staat bewusst selbst blockiert



Artikel 14

[Eigentum, Erbrecht, Enteignung]

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

[Sozialisierung]

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Manchmal auch bei Wohnungsnot hilfreich: Enteignungsparagraphen des Grundgesetzes — Foto: Redaktion

Die Studierendenzahlen haben in diesem Wintersemester einen neuen Rekord aufgestellt. Dies entspricht dem einhellig formulierten politischen Willen ehemaliger und aktueller Bundes- und Landesregierungen, die Zahl der Student_innen zu steigern. Doch an nahezu allen Universitäts- und Hochschulstandorten in der Bundesrepublik haben Studienanfänger_innen mit ein- und demselben Problem zu kämpfen – einem gravierenden Wohnraummangel.

In Darmstadt haben die mit akuter Wohnungsnot einhergehenden Schwierigkeiten einmal mehr einen aberwitzigen Höhepunkt erreicht. Im Zentrum steht die „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" (BImA), die mit dem Ziel, maximalen Gewinn einzufahren, seit über einem Jahr Stadt und Studentenwerk daran hindert, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Rückblende

Im Raum Darmstadt existieren diverse, seit mehreren Jahren leer stehende Kasernenanlagen des US-Militärs. Nach Abzug der amerikanischen Truppen gingen diese Gebäude in den Besitz der BImA über. Während die Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt immer angespannter wurde, blieben die Wohngebäude auf dem Gelände der Kasernen ungenutzt. Zwar wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass sich mehrere der ehemaligen Militärsiedlungen, insbesondere die Lincoln- und Jefferson-Anlagen, im Prinzip in bewohnbarem Zustand befänden, doch wurden entsprechende Anfragen seitens der BImA mehrfach kategorisch abgelehnt.

Im November 2011 allerdings wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion bekannt, dass sich die BImA doch eine Zwischennutzung dieser Kasernengebäude vorstellen könne. Bei einem anschließenden Besichtigungstermin im Januar, bei dem Vertreter_innen von Studentenwerk, TU und Kommune anwesend waren, konnte sich darauf verständigt werden, in konkrete Verhandlungen zu treten. Ende Januar vereinbarte der TU-AStA einen gesonderten Besichtigungstermin, der interessierten Studierenden offen stand. Auch hier zeigte sich die BImA sehr aufgeschlossen.

Der vereinbarte Verhandlungstermin kam daraufhin zwar am 03.04.2012 zustande, wurde allerdings schon nach kurzer Zeit abgebrochen, da seitens der Bundesanstalt keinerlei Bereitschaft bestand, auf minimale Bedingungen einzugehen. Stein des Anstoßes: Nach Vorstellung der Behörde sollte die Mietdauer maximal sechs Monate betragen, was für studentisch genutzten Wohnraum eine untragbare Forderung darstellt. Weitere Gespräche zwischen Stadt und Immobilienanstalt folgten. Anfang Mai schließlich signalisierte die BImA ihre Bereitschaft, längere Mietverträge einzugehen.

Dreck im Boden

Da insbesondere bei dem in zwei Gebäuden verlegten Parkettboden das Risiko einer Belastung mit krebserregenden Kohlenwasserstoffen, sogenannten PAK, gesehen wurde, sollte abschließend ein Schadstoffgutachten erstellt werden. Das Studentenwerk hatte schon bei den Verhandlungen im April angeboten, dieses Gutachten in Auftrag zu geben und sogar schon ein Angebot eingeholt, doch die BImA bestand darauf, dies selbst zu übernehmen. Zwei weitere Monate gingen ins Land bis das Ergebnis bekannt wurde: In zwei der drei Gebäude müssen sämtliche Parkettböden entfernt oder versiegelt werden. Der Beseitigungsaufwand der ebenfalls festgestellten Asbestbelastungen ist im Vergleich zu den Kosten der Sanierung von fast 5000qm Bodenbelag beinahe vernachlässigbar. Mit diesen Informationen – den Kosten einer Sanierung und den Mietvorstellungen der BImA – waren dem Studentenwerk erstmals Preiskalkulationen möglich. Werden die Miete von drei Euro pro qm und die Kosten für Verwaltung und Sanierung zusammengerechnet, liegt der voraussichtliche Preis für ein Zimmer in den Kasernengebäuden höher, als im Wohnheimneubau in der Berliner Allee, der ab Oktober bezogen werden kann. Dafür bekommen die Studierenden dann ein Zimmer, das zum letzten Mal in den Achtzigern oder Neunzigern renoviert wurde.

Die Immobilienverhinderungsagentur

Am 5. September fand ein Pressegespräch statt, bei dem neben TU-Kanzler Dr. Efinger und h_da-Präsident Spengler auch Studierende aus dem Verwaltungsrat bzw. dem AStA anwesend waren. Einigkeit herrschte bei der Bewertung des Verhaltens der "Immobilienverhinderungsagentur", wie sie Manfred Efinger bezeichnete. Da die hohen Studierendenzahlen das Ergebnis politischer Entscheidungen sind, konterkarierte die BImA alle Bemühungen von Bund und Ländern, wie beispielsweise den Hochschulpakt. Damit komme die BImA, laut Efinger, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, die sie angesichts der Studierendensituation habe, nicht nach. Der AStA der TU hat die Verhaltensweisen der bundeseigenen Agentur bereits mehrfach angeprangert - zuletzt, als ihm ein Vorabzug des Schadstoffgutachtens zugespielt worden war. Es ist bedauerlich, dass diese Erkenntnis bei anderen Beteiligten erst derart spät gereift ist.

Wohnungsnot? Es reicht!

Vor etwa einem Jahr haben 2.000 Menschen in Darmstadt gegen die Wohnungsnot demonstriert und im Anschluss symbolisch das Justus-Liebig-Haus besetzt. Damit haben wir erreicht, dass sich Stadt und BImA zusammensetzen, um eine Lösung für die kurzfristige Nutzung der seit 5 Jahren leerstehenden Kasernen zu finden. Dieses Wintersemester, das war einhelliges Ziel aller Beteiligten, sollte die temporäre Nutzung stehen, die doppelten Abiturjahrgänge in Hessen und die Bundeswehrreform damit etwas abgefangen werden. Daraus geworden ist nichts. Scheiterte es bei einem Teil der Kasernen an der Stadt, hat die BImA jetzt bei den Übrigen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Kasernen bleiben also weiterhin leer und viele Studierende pendeln weiter 2-4 Stunden täglich. Unser Versuch, die Verantwortlichen mit symbolischem Protest aufzurütteln und der Dringlichkeit der Situation bewusst zu machen, ist gescheitert. Es ist an der Zeit, dass wir die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum selbst in die Hand nehmen!

von Alexander Lang

Wohnraumgipfel - Perspektiven

Mit dem Wohnraumgipfel soll bezahlbarer Wohnraum wieder stärker auf die politische Agenda gerückt werden, nicht nur in der Kommunalpolitik sondern auch darüber hinaus. Zu diesem Zweck haben sich Gewerkschaften, ASten, Mieterbund und Oppositionsparteien zusammengetan, um gemeinsam mit den Menschen in Darmstadt, zu der ja auch in einem erheblichen Maße die Studierenden gehören, in Vorträgen und Workshops Perspektiven zu entwickeln. Da in der nächsten Zeit diverse Entscheidungen anstehen, die wichtig für die zukünftige Wohnungspolitik in Hessen und Darmstadt sind, steht zu erwarten, dass den Ergebnissen des Wohnraumgipfels mediale aber auch politische Aufmerksamkeit zuteil wird. Hinzu kommt, dass die Wohnungsnot stark zugenommen hat und zu wenig neue und insbesondere bezahlbare Wohnungen gebaut werden, weshalb Darmstadt für Studierende der teuerste Wohnort Deutschlands mit unter 500.000 EinwohnerInnen ist. Da die Stadt nach allen Prognosen weiter wachsen wird, ist auch keine Besserung der Situation in Sicht, es sei denn, wir sorgen für Druck! Nicht zuletzt deshalb würden wir uns freuen, dort viele Studierende (mit und ohne Wohnung) zu sehen, die sich aktiv einbringen.

von David Kreitschmann

Reclaim Education: Gemeinsam der zunehmenden Kommerzialisierung von Bildung entgegentreten – Ya Basta!

Bundesweiter Aufruf zu Bildungsprotesten im Wintersemester 2012/13

Wohnungsnot ist kein neues Thema: Demonstration im Berliner Häuserkampf der 80er

Foto: Kurt Jotter, CC BY-SA 3.0

Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht hinnehmbar! Alltäglich erleben wir die Konsequenzen der strukturellen Unterfinanzierung. Sei es durch diverse Formen von Zugangsbeschränkungen oder der zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln. Dies geschieht nicht im luftleeren Raum. Hochschulentwicklung ist immer auch an gesamtgesellschaftliche Prozesse und ökonomische Verhältnisse gebunden. Diese Transformationsprozesse führen u.a. dazu, dass Menschen, beispielsweise durch Gebühren, Tests oder Zulassungsbeschränkungen, fortwährend vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen werden. Gegen diese Verhältnisse gehen Studierende, Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern schon lange auf die Straße. Die entschlossenen Proteste in den Jahren 2003 bis 2010 konnten zwar die Abschaffung von Studiengebühren in fünf Bundesländern erzwingen, doch sind wir weiterhin dem stetig ansteigenden Leistungs- und Konkurrenzdruck ausgeliefert.

Fangen wir also dort an, wo aufgehört wurde! Seit Ende des Bildungsstreiks 2010 gab es keine bundesweiten Aktionen für Solidarität und freie Bildung. Neben der anhaltenden Ungerechtigkeit im Bildungssystem geben die Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen dazu neuen Anlass. Doch dürfen wir nicht nur auf politische Entscheidungsträger*innen vertrauen, sondern müssen den gesellschaftlichen Druck so verstärken, dass egal ist, welche Partei regiert: Studiengebühren müssen abgeschafft werden! Eine Solidaritätskampagne mit den Betroffenen in Bayern und Niedersachsen soll erhöhte Aufmerksamkeit schaffen. Mit einer überregionalen Mobilisierung sollen aber zugleich weitere Symptome der Transformierungsprozesse aufgegriffen werden. Einen Anstoß dazu gibt die Kampagne "Kein Zufall", bei der Zusammenhänge zwischen der Situation im Bildungssystem und den gesellschaftlichen Verhältnisse herausgestellt und kritisiert werden.

Nicht nur in der Bundesrepublik richtet sich Widerstand gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung und ihre Ursachen. Weltweit sind vom Dogma der Wettbewerbsfähigkeit getriebene Umwandlungsprozesse in allen Lebensbereichen spürbar. Bereits in den vergangenen Monaten haben massive Proteste gegen Studiengebühren in Quebec und Chile gezeigt, dass es sich hierbei um ein weltweites Problem handelt. Gegen diese Umstrukturierung im Bildungssystem richtet sich der Global Education Strike vom 14. bis 22. November 2012.

Wir sind also nicht allein! Gemeinsam wollen wir für freie und emanzipatorische Bildung eintreten und uns gegenseitig bei unseren lokalen Protesten unterstützen. So solidarisieren wir uns mit den Aktionen zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern, Niedersachsen, Quebec und überall. Ebenso wenden wir uns gegen die geplante Einführung von Bildungsgebühren und gegen den Angriff auf die verfasste Studierendenschaft in Sachsen. Wir rufen alle Menschen auf, diese Zustände nicht länger hinzunehmen und durch direkte Aktionen wie Besetzungen, Sabotage und Streiks zu einem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen.

Die Abschaffung von Studiengebühren kann nur der Anfang sein! Die radikale Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft ist unser Ziel!

Für Solidarität und freie Bildung –
1 World 1 Struggle !

Protesttermine

18.10. dezentraler Aktionstag zum Auftakt des Global Education Strike und Kampagnenstart "Kein Zufall"
14.-22.11. Global Education Strike
14.-15.11. dezentrale Aktionstage gegen Studiengebühren
15.11. Vollversammlung aller Studierenden
16.-18.11. kritischer Wissenschaftskongress in Marburg
18.01. bundesweite Demo in Hannover gegen Studiengebühren

Es ist kein Zufall...

Die Landes-ASten-Konferenz Hessen hat sich entschlossen, über eine Plakatkampagne die Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufzuzeigen und auf niedrigschwelliger Ebene eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu ermöglichen. Haltet also in den kommenden Tagen nach den "Kein Zufall"-Plakaten Ausschau und informiert euch auf *www.lakhessen.de/keinzufall*

Kongress statt Demo - kritischer Wissenschaftskongress in Marburg

"Gebt uns Geld und lasst uns in Ruh", das bringt die Forderungen der Bildungsproteste der vergangenen Jahre auf einen gemeinsamen Nenner und dient als Aufhänger, um auf einem Kongress zu reflektieren, wofür eigentlich Geld eingefordert wird, was also an Hochschulen passieren soll und welche Funktion sie in der Gesellschaft einnehmen (sollen).

Die akademische Wissenschaft leidet nicht erst seit gestern unter drängenden Finanzierungsengpässen. Bis in die 1970er Jahre hinein schien es an der Hochschule Orte zu geben, in denen an der kapitalistischen Verwertungslogik vorbei Kritik geübt werden konnte. Die Öffnung der Universitäten hat allerdings auf lange Sicht auch zu einer Ökonomisierung der Hochschule geführt. Immer weniger wissenschaftliche Kritik findet Platz an den Hochschulen, immer weniger Kritik kann eingebunden werden.

Diese Erkenntnisse haben im letzten Jahrzehnt viele Menschen dazu gebracht, ihre Enttäuschung und Frustration zu demonstrieren. Der Widerstand hat wenig verbessert. Nichts konnte an der Logik geändert werden, der sich das Bildungssystem immer mehr unterwerfen muss. Statt einer weiteren, größtenteils ergebnislosen Großdemonstration veranstaltet die Landes-ASten-Konferenz Hessen vom 16. bis zum 18. November einen akademischen Kongress in Marburg, welcher sich mit der Situation kritischer Wissenschaften an den Hochschulen beschäftigt. Auf diesem Kongress sollen Analysen gesammelt diskutiert und erweitert werden, die sich mit der Entwicklung der Hochschulen im Kapitalismus beschäftigten. Der Kongress fragt, welche Freiräume es für kritische Wissenschaften an den Hochschulen noch gibt, wie sich ein zunehmender ökonomischer Druck auf die Forschung auswirkt und welche Chancen es für kritische Wissenschaftler_innen an den Universitäten gibt, Kritik zu etablieren. In diesem Kontext möchte der Kongress auch einen Diskurs darüber anstoßen, welche Funktionen (außer einer ökonomischen) die Hochschulen in der Gesellschaft einnehmen und welche Rolle sie für gesellschaftsverändernde Praxis spielen können.

Unter anderem sollen folgende Fragestellungen debattiert werden: Wie kann Kritik unter den aktuellen Bedingungen vorgebracht werden? Wie sehen Karrieren von kritischen Wissenschaftler_innen aus? Nach welchen Kriterien werden Forschungs- und Lehrgelder verteilt? Lassen sich die Probleme von Wissenschaftler_innen und kritischer Wissenschaft analog zu Problemen in anderen Teilen der Gesellschaft verstehen? Dazu wird es am Freitag einen Eröffnungsvortrag geben. Am Samstag unterteilt sich der Kongress dann in drei Panels mit den Titeln „Bildung als Ware“, „Unternehmerische Hochschule“ und „Arbeitsfeld Hochschule“. Der erste Themenblock wird sich der Wissenschaft auf einer logisch-strukturellen Ebene nähern. Der zweite Themenblock untersucht die Veränderung und Aktualität der gesellschaftlichen Institution Hochschule und der dritte Themenblock schließlich widmet sich den Menschen, die an der Hochschule arbeiten.

Ausgehend von den Vorträgen und Diskussionen in den Panels am Samstag, sollen am Sonntag Resolutionen vom Kongress ausgehen.

Die Liste der Referent_innen steht noch nicht abschließend fest, wird aber bald auf der Homepage erscheinen.

Der Kongress soll auch dem akademischen Nachwuchs, der zu dem Themenfeld forscht, die Möglichkeit geben ihre Forschung vorzustellen. Bei Interesse bitte einfach beim Referat für Hochschulpolitik des AStA Marburgs (E-Mail: *hopo@asta-marburg.de*) melden.

Für alle Interessierten: Informationen und (natürlich kostenlose) Anmeldung auf:
www.asta-marburg.de/kritikkongress

Kommentar: Das Ende der Studiengebühren?

In Hessen schon 2008 überwunden: allgemeine Studiengebühren

Foto: plaugg, CC BY-NC

Der Kampf gegen allgemeine Studiengebühren nähert sich dem Ende. Hessen war das erste Bundesland, in dem 2008 die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren durchgesetzt werden konnte. Seitdem bezahlen wir "nur" noch 50 € Verwaltungskostenbeitrag, der ohne Zweckbestimmung ans Land fließt.

Erreicht wurde die Abschaffung durch uns Studierende. 2006 und 2007, im Summer of Resistance [1], wurde mit einer breiten Aktionspalette, die von Satire ("Udo-Corts-Fanclub") bis zu Demonstrationen mit anschließenden Autobahnbesetzungen von Kassel bis Darmstadt reichte, Hessen belagert. Mit einer von über 70.000 Menschen unterstützten Verfassungsklage wurde der Protest weit über die Studierenden hinaus unterstützt, was schließlich in der Abschaffung 2008 mündete. Hessen war damit ein Beispiel, das Schule machen sollte. Nach und nach wurden in allen Bundesländern Studiengebühren abgeschafft - bis auf Niedersachsen und Bayern.

Doch diese beiden werden 2013 angegangen. In beiden Bundesländern sind Anfang nächstes Jahr Landtagswahlen, und Studiengebühren werden den Wahlkampf aufmischen. Darin müssen sich alle Parteien positionieren und sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die klare Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Studiengebühren. Wenn es uns gelingt, parteiübergreifend ordentlich Druck für eine Abschaffung zu machen, werden die Studiengebühren unabhängig von den WahlsiegerInnen abgeschafft. Mit dieser Perspektive protestieren wir auch in Hessen (hoffentlich ein letztes Mal) gegen Studiengebühren, um in Solidarität mit Niedersachsen und Bayern endlich die bundesweite Gebührenfreiheit zu erkämpfen.

[1] Film "Summer of Resistance reloaded", 93 min, über die Studiengebührenproteste 2006 und 2007 zum Download unter *www.media.uebergebuehr.de/view/id/1437/*

Aktionen gegen Studiengebühren

14.11. bundesweit dezentraler Aktionstag gegen Studiengebühren, Aktion "Betteln für Bildung" in Darmstadt

18.01. bundesweite Demo in Hannover, AStA organisiert Anreise

Lichte Räume und klare Linien

Impressionen in Wort und Bild vom Neubau der ULB

Da sich die, zum Semesterbeginn geplante, Eröffnung des ULB-Neubaus noch etwas verzögern wird, hat der AStA eine Besichtigung der fertiggestellten Räumlichkeiten vorgenommen. Diese Seiten vermitteln einen ersten Eindruck, was uns in der neuen Bibliothek erwartet.

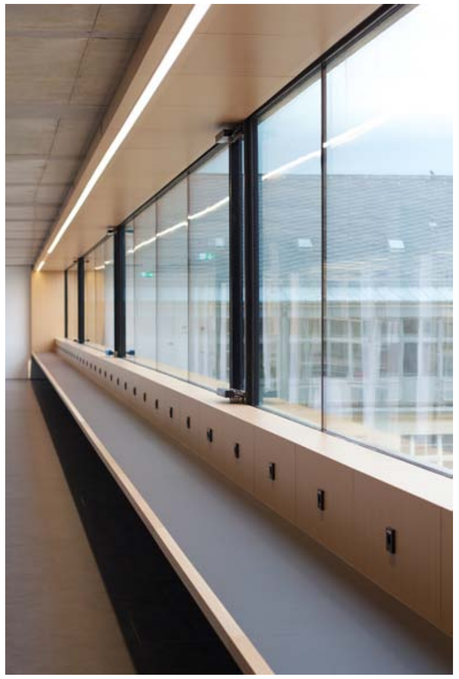
Das von den Nürnberger Architekten Friedrich Bär, Bernd Stadelmann und Rainer Stöcker entworfene Gebäude lehnt sich stark an die von geraden Linien geprägte Geometrie der umliegenden Universitätsgebäude an. Der Bau ragt weit in den von Haupt- und Mensagebäude gebildeten Innenhof und unterteilt diesen nach Süden in den neuen Campusplatz und den nördlichen, tiefer gelegenen Lesehof. Die durch den aufgeständerten Gebäudeflügel und die Freitreppe erzielte Offenheit setzt sich im Innenraum fort. Die Erschließung des Gebäudes findet aus einem zentralen Atrium statt. Die klare Linienführung wird in der Kassettendecke und den zurückweichenden Stockwerken erneut aufgegriffen. Diese Bauweise schafft eine von Kommunikation und Vernetzung geprägte Atmosphäre. Dem folgt die Anordnung der Fachlesesäle und Arbeitsplätze hin zur Fassade, was ein Gefühl privater und zurückgezogener Arbeitssituation vermittelt. Die zur Energieeinsparung unverkleidete Decke bildet einen starken aber symphatischen Kontrast zur übrigen Raumgestaltung.

Alles in allem wirkt das 74 Millionen Euro teure Projekt sehr durchdacht und wir freuen uns schon darauf, in den neuen Räumen zu lesen, zu forschen und zu arbeiten bzw. zu protestieren.

Wer sich von den Bildern angesprochen fühlt und nicht mehr bis zur Eröffnung warten will, hat am 31.10.2012 die Möglichkeit, an einer öffentlichen Besichtigung des Neubaus teilzunehmen.

Noch mehr Bilder und Infos gibt es hier:

www.das-konnektiv.de/?page_id=498
www.bss-architekten.de/Projekte/Projektseiten/Darmstadt/index.html



alle Fotos: Jan-Martin Steitz

zwanzig° – Fahrradwerkstadt an der TU

Hier entsteht die Fahrradwerkstatt zwanzig° an der Stadtmitte Foto: Stephan Voeth

Wer die letzten Ausgaben der AStA-Zeitung studiert hat, ist bereits über den Bau der Fahrradwerkstatt informiert. Aber auch Studierenden, die bisher noch nichts vom Projekt gehört haben, ist die Baustelle im Fahrradkeller des Audimax nicht entgangen. Da die Eröffnung des Projektes kurz bevorsteht, wollen wir es dir hier kurz vorstellen.

Hat das Projekt einen Namen?

Ja. Die Werkstatt soll den Namen „zwanzig°“ tragen. Der Name ist als Anspielung auf die zugesicherte Raumtemperatur entstanden. Da der Uni die Schaffung eines so teuren Raumes für ein Projekt zu unsicher war, wollten sie sich die spätere Verwendung offen halten. Anstatt der sonst bei Werkstätten üblichen 18°C soll die Heizung mindestens 20°C Raumtemperatur ermöglichen. Da allerdings keine Klimaanlage in den Räumen vorhanden ist, sind vor allem im Sommer auch höhere Temperaturen möglich.

Was unterscheidet die „zwanzig°“ von meinem Fahrradladen?

Der Fahrradladen und „zwanzig°“ haben nur gemeinsam, dass es hier um Fahrräder geht. Zwar bieten viele Radhändler_innen auch Fahrradreparaturen an, doch das ist bei unserem Projekt gar nicht vorgesehen. Vielmehr habt ihr hier die Möglichkeit, euer Fahrrad selbst zu reparieren. Werkzeuge und gebrauchte Ersatzteile werden euch von den Mechaniker_innen der Werkstatt zur Verfügung gestellt.

Bei Problemen helfen sie euch auch weiter und erklären, wie ihr euer Rad reparieren könnt. Das Konzept ist dabei komplett auf Nachhaltigkeit und Selbstorganisation aufgebaut. Nicht nur lernt jede_r bei der Reparatur wie sie_er das eigene Fahrrad auch in Zukunft reparieren kann, auch ansonsten nicht weiter verwendete, aber noch nutzbare Bauteile werden wiederverwendet und landen nicht im Müll.

Schadet das nicht meinem Radladen?

Im Gegenteil, Radläden finanzieren sich hauptsächlich durch Rad- und Teileverkauf. Die meisten Radhändler bieten die Reparatur mehr zu Servicezwecken an. Neuteile und fertige Fahrräder werdet ihr bei „zwanzig°“ nicht bekommen. Wer also sein Rad reparieren möchte und dafür Neu- statt Gebrauchtteile will, muss sich an die_den nächste_n Radhändler_in wenden. Diese_r kann sich dann über den Verkaufserlös freuen.

Was kostet das?

Grundsätzlich ist die Nutzung kostenlos. Allerdings wird zum Betrieb natürlich Geld benötigt. Daher freut sich das Werkstattteam über jede Spende, insbesondere wenn ihr auch Ersatzteile nutzt.

Wann geht's los?

In diesem Semester ist es soweit, die Fahrradwerkstatt wird eröffnet. Einen genauen Eröffnungstermin können wir euch in dieser Ausgabe leider nicht nennen, wir rechnen aber mit einer Fertigstellung Anfang des Semesters.

Wer macht das eigentlich?

„zwanzig°“ ist ein studentisches Projekt der Hochschulgruppe Nachhaltigkeit und des AStA in Kooperation mit der Universität. Letztere stellt den Raum und hat das Projekt mittlerweile mit über 100.000 € für Bau- und Einrichtungskosten unterstützt. Der AStA und die HG Nachhaltigkeit übernehmen die Organisation der Werkstatt.

Es werden immer engagierte Menschen gesucht, die in oder um die Werkstatt helfen wollen. Wenn du also Interesse an der Werkstatt hast und gerne mitmachen möchtest, melde dich bei: *fahrradwerkstatt@asta.tu-darmstadt.de*

Kommerzielle Werbung an Hochschulen

Sie ist milliardenschwer, die Werbeindustrie und ein nicht unerheblicher Teil davon entfällt auf gezieltes Werben des akademischen Nachwuchses. Immer öfter auch direkt an der Hochschule oder Universität mit tatkräftiger Unterstützung der jeweiligen Leitung.

Es verwundert nicht, dass sich Unternehmen wie allmaxx und MLP auf den studentischen Markt eingefädelt haben und mit allen erdenklichen Mitteln versuchen, einen Fuß in die Tür der deutschen Bildungseinrichtungen zu bekommen. Zeit Online[1] berichtete in einem Artikel vom 19.1.2009, wie MLP durch taktische Raffinesse einen Exklusivvertrag mit der Universität Bremen abschloss, um dort Studierende als Kunden gewinnen zu können. Am 29.4.2011 folgt sueddeutsche.de[2] mit dem heute erkennbaren Ergebnis. Rhetorikkurse der Universität werden von MLP-BeraterInnen gehalten und als Werbeveranstaltungen missbraucht.

Was sich wie ein schlechter Scherz anhört ist kein Einzelfall. MLP kooperiert laut süddeutsche mit etwa 40 Hochschulen in Deutschland und bietet monatlich etwa 400 Seminare an. 400 Seminare, in denen es MLP nicht um die Fortbildung der TeilnehmerInnen, sondern ausschließlich um deren Kontaktdaten geht. So berichtet es jedenfalls ein ehemaliger MLP-Berater. Und bereits 2005 berichtete der Tagesspiegel[3], wie diese Praxis von MLP an der Freien Universität Berlin noch größere Züge annimt. Laut dem Bericht gehört es dort mittlerweile zum Standard, wenn zu Beginn einiger Lehrveranstaltungen des regulären Universitätsbetriebs Werbeflyer von MLP verteilt werden. Auch auf den Fluren ist den MLP-VertrieblerInnen das Ansprechen von Studierenden gestattet. An der Universität Rostock nahm diese Taktik überhand, als MLP-VertreterInnen Studierende direkt vor Prüfungen mit ihrer Kundenaquise belästigt haben sollen, berichtet der Tagesspiegel. Dessen ungeachtet gehen weitere Universitäten Kooperationen mit MLP ein, wobei eine kurze Recherche eigentlich schon ausreichen müsste, um sich ein Bild von den Konsequenzen für die Studierenden zu machen. Sowohl die FAZ[4] als auch die Zeitschrift Finanztest [5] warnen in Artikeln aus dem Jahr 2008 vor den BeraterInnen von MLP. Finanztest berichtet von Problemen verschiedener AbsolventInnen, die sich von MLP Unmengen an Finanzpaketen hätten aufschwatzen lassen und ihre damaligen Entscheidungen heute bereuen. 2012 berichtet die FAZ[6] erneut über die Probleme einer Absolventin, die sich während des Studiums von MLP überzeugen lies. Die heutige Juristin kam später mit Hilfe der Verbraucherzentrale aus den meisten Verträgen heraus. Jedoch seien ein großer Teil der eingezahlten Beträge an MLP verloren. Von „6200 Euro Verlust“ schreibt die FAZ.

Auch Studierende und DozentInnen der TU Darmstadt äußerten uns gegenüber ihren Unmut über die BeraterInnen von Finanzfirmen. Diese hätten schließlich nur ein Ziel, den Vertragsabschluss. Rhetorisch können die meisten Studierenden diesen nur wenig entgegensetzen und sind schnell überzeugt, die ein oder andere Unterschrift zu leisten. Bis vor kurzem hatte MLP an der TU Darmstadt Hausverbot, doch genau wie im Bremer Fall wurde dieses wieder gelockert. Die Universität spricht von einer Bewährungszeit. Stephan Voeth, Referent des AStA der TU Darmstadt, befürchtet, dass es, sollte der Bremer Entwicklung weiter gefolgt werden, in spätestens einem Jahr MLP-Seminare an der Darmstädter Uni gäbe. Es könne nicht angehen, betont er, dass FinanzdienstleisterInnen an Universitäten eigene Veranstaltungen anbieten können, denn es sei offensichtlich, dass diese nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Auf die Problematik angesprochen antwortete Manfred Efinger, Kanzler der TU Darmstadt, dass zum Aufschwätzen immer Zwei gehörten. EineR der oder die aufschwatze und eineR, der oder die sich etwas aufschwatzen ließe. Er sehe den Handlungsbedarf eher bei den Studierenden, da diese lernen sollten, auch einmal „Nein“ zu sagen. Die Konsequenzen einer solchen Denkweise lassen sich gut in der Finanztest oder der FAZ nachlesen. Der AStA hat sich der Werbeproblematik angenommen, woraufhin die Universität härtere Regeln versprach. So soll das Ansprechen von Studierenden durch externe Werbefirmen, die eine Werbeerlaubnis besitzen, ab sofort untersagt werden. Auch das Werben in Hörsälen oder bei Lehrveranstaltungen ist in der TU aktuell nicht erwünscht. Zudem wurde im Bereich der illegalen WerberInnen eine Lösung gefunden. Die Universität will deutlich härter mit Firmen umgehen, die ohne Erlaubnis auf dem Unigelände Werbung plazieren. Wie sich allerdings kurz vor Redaktionsschluss herausstellte, hält die Uni dies nur bei Plakatwerbung für machbar. Flyerwerbung in Auslagen scheint zu umfangreich zu sein, weshalb hier aktuell keine Abmahnungen ausgesprochen werden. Voeth erklärte, dass sich ihm die dahinterstehende Logik nicht erschließe und der AStA weiter für eine Universität kämpfen würde, in der AbzockerInnen und BetrügerInnen keinen Spaß haben.

Quellen:

[1] *www.zeit.de/2009/04/C-Career-Center/*
[2] *www.sueddeutsche.de/karriere/vorlesung-als-verkaufsveranstaltung-erst-lehren-dann-werben-1.1091171*
[3] *www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheit/kundenwerbung-auf-dem-campus/594782.html*
[4] *www.faz.net/aktuell/wirtschaft/finanzdienstleistungen-vorsicht-vor-mlp-beratern-1293634.html*
[5] *www.test.de/themen/versicherung-vorsorge/meldung/Finanzdienstleister-MLP-Koeder-fuer-Akademiker-1687295-2687295/*
[6] *www.faz.net/aktuell/rhein-main/teure-altersvorsorge-dann-hat-mir-mlp-so-was-vorgerechnet-11592901.html*

Verkehrschaos in Darmstadt

Wer an der Lichtwiese studiert, ist häufig mit einer Problematik konfrontiert, die Studierende an der Stadtmitte in dieser Form nicht zu befürchten haben. Während die Studierendenzahlen weiter steigen und auch immer mehr Gebäude auf der Lichtwiese gebaut werden, stockt es bei der Anbindung.

Laut DaDiNa, dem örtlichen Verkehrsverbund, ist die Möglichkeit der Busanbindung mittlerweile vollkommen ausgeschöpft. Im kommenden Sommersemester sollen mehr Busse denn je an die Lichtwiese fahren. Und obwohl die Eröffnung des Hörsaal und Medienzentrums auf das nächste Sommersemester verschoben wurde, werden auch im kommenden Semester die Busse wieder restlos überfüllt sein.

Es ist zwar angedacht, an der Lichtwiese eine Straßenbahnanbindung zu schaffen und auch die Radverkehrsinfrastruktur soll verbessert werden, doch diese Pläne werden noch einige Jahre brauchen. So will die Universität mit der Radverkehrsplanung im Bereich der Lichtwiese frühestens beginnen, wenn die aktuell laufende Machbarkeitsstudie zur Straßenbahn abgeschlossen ist. Doch diese steht noch einige Zeit aus und alleine durch die anschließende Planung wird noch lange kein Radweg instandgesetzt oder gebaut.

Stattdessen steht im kommenden Sommersemester aber eine ganz andere Planung an. Die Parkplätze an der Lichtwiese sollen komplett bewirtschaftet, sprich: kostenpflichtig werden. Insbesondere die größeren Parkflächen und Parkhäuser sollen mit Schranken versehen und damit für Außenstehende gesperrt werden. Der bisherigen Planung zufolge sollten auch die Studierenden von der Nutzung dieser Flächen ausgeschlossen werden. Auf unsere Einwände hin wurde dieser Punkt nochmals zur Diskussion gestellt, aber eine Entscheidung steht noch aus. Sicher ist hingegen, dass die Bewirtschaftung demnächst kommen wird.

Auch wenn eine Parkraumbewirtschaftung grundsätzlich eine gute Sache ist, da sie zu einer besseren Nutzung des ÖPNV oder Fahrrades führen kann, so ist sie in diesem Fall (noch) vollkommen fehl am Platz. Natürlich kosten Stellflächen für KFZ deutlich mehr Geld, als die für Fahrräder oder den Bus und auch die Instandhaltungskosten der Straßen fallen ins Gewicht. Doch all dies kann die damit verbundenen, ungelösten Probleme nicht überwiegen. Eine unzureichende ÖPNV-Anbindung, schlechte Radwege, zu wenig Radstellplätze und weite Anfahrtswege durch die Wohnsituation zwingen viele Studierende mit dem PKW anzureisen.

Doch was an der Universität für Probleme sorgt, wird auf städtischer Ebene nicht besser. Auch wenn die Radwege an der Lichtwiese nicht unbedingt komfortabel sind, so kann doch zumindest über den Lichtwiesenweg oder die Petersenstraße relativ komfortabel zum Standort Lichtwiese geradelt werden. Doch muss es die- oder derjenige erstmal schaffen, bis zu diesen Straßen vorzudringen. Das Darmstädter Radwegenetz existiert eigentlich nur auf dem Papier. Die vorhandenen Wege sind in jeglicher Hinsicht mangelhaft. Sei es die Breite des Weges, die Einsehbarkeit an Kreuzungen (Unfallursache Nummer Eins) oder der Fahrbahnbelag, die Radwege sind größtenteils unbenutzbar. RadfahrerInnen die aus diesen Gründen die Fahrbahn benutzen droht nichts Gutes. Zwar ist das Fahren auf der Fahrbahn statistisch deutlich sicherer und im Normalfall auch erlaubt bzw. vorgeschrieben, von Autos regelmäßig beim Überholvorgang geschnitten und angehupt zu werden ist jedoch auch für das härteste Gemüt eine starke Belastung, die viele RadfahrerInnen oftmals rechtswidrig auf dem Fußweg fahren lässt.

Dabei hat das Radfahren für alle Beteiligten nur Vorteile. Für die NutzerInnen des Rades steigt die Flexibilität, es ist gut für die Gesundheit und die Kosten sind gering. Für die AutofahrerInnen bedeutet ein steigender Radverkehrsanteil weniger Autos in der Stadt und somit eine flüssigere und weniger zeitintensive Fortbewegung auf den Straßen. Auch wenn die KFZ durch viele RadfahrerInnen langsamer fahren müssen, so ergibt sich aus weniger Staus im Endeffekt eine Zeitersparnis. Nicht zuletzt ist das Radfahren auch für die Stadtkasse vorteilhaft, denn Fahrräder haben weniger Auswirkung auf Fahrbahnverschleiß und benötigen weniger Verkehrs- und Parkflächen, die gebaut und unterhalten werden müssen. Und auch die AnwohnerInnen werden sich über weniger Abgase und ein ruhigeres Ambiente freuen.

Mit dem Regierungswechsel Mitte 2011 hatten sich also nicht nur viele RadfahrerInnen in Darmstadt einen Wechsel in den Bemühungen der Stadt erhofft. Doch mit dem Koalitionspartner und der Benennung des schwarzen Bürgermeisters an die Spitze des Ordnungsamtes schwand diese Hoffnung. Zwar ist die Stadt mittlerweile in die Entwicklung von Fahrradstraßen eingestiegen - ein Punkt, der unter der vorigen Regierung undenkbar gewesen wäre - doch sind diese Straßen eine Verbesserung von bereits akzeptierten und nutzbaren Verkehrsverbindungen für RadlerInnen. Die wirklichen Problemstellen von gefährlichen Radwegen sollen wohl erst danach angegangen werden und das kann Jahre dauern.

In diesem Sinne haben wir begonnen, die Stadt unter Zugzwang zu setzen. Auf Beschwerde eines Referenten des AStA hat das Regierungspräsidium die Stadt zu einer Stellungnahme über die Kriterien zur Beibehaltung der Benutzungspflicht, die noch vorhandenen, benutzungspflichtigen Radwege und den Zeitplan zur Überprüfung der Radwege aufgefordert. Auch gehen wir gegen die gefährlichsten Radwege nötigenfalls rechtlich vor.

Die Aktion Stadtradeln, die in Darmstadt im September stattfand, hat gezeigt, dass die Mitglieder der Universität sogar in der vorlesungsfreien Zeit die HauptnutzerInnen des Verkehrsmittels Fahrrad sind. Insofern wird sich der AStA weiterhin für die dringend notwendige Entwicklung eines nutzbaren Radwegenetzes und der damit verbundenen Modernisierungsmaßnahmen einsetzen. Weiter muss die Stadt dringend auch an der Öffentlichkeitswahrnehmung des Fahrrades arbeiten und aufzeigen, dass Radfahren in Darmstadt den gleichen Stellenwert wie Autofahren genießt.

„Die vergessene Katastrophe: Krieg und Ausbeutung im Kongo“

Kongolesische StipendiatInnen in ihrem Uni Alltag. Foto: Studieren Ohne Grenzen

Der Verein Studieren ohne Grenzen präsentiert Kongo-Ausstellung auf der Lichtwiese

Bereits seit 2003 herrscht in der Demokratischen Republik Kongo offiziell Frieden. Doch noch immer halten die blutigen Konflikte im Osten der Republik an – nicht zuletzt auf Grund von Konfliktmineralien wie Coltan, das für die Herstellung von Mobiltelefonen benötigt wird. In dieser Region fördert Studieren Ohne Grenzen derzeit über 60 junge Menschen bei ihrem Studium, den Aufbau einer Bibliothek und eines Computerraumes. Auch hierzulande informiert der Verein über die Situation in seinen Zielregionen. Zwischen dem 29. Oktober und dem 9. November 2012 präsentiert Studieren Ohne Grenzen nun die Ausstellung „Die vergessene Katastrophe: Krieg und Ausbeutung im Kongo“, die der Verein nach ihrem Auftakt im vergangenen Semester auf dem Frankfurter (IG-Farben-) Campus Westend in Kooperation mit der Frankfurter Hochschulgruppe Amnesty International und dem Studentenwerk Darmstadt in die Wissenschaftsstadt holt. Im Foyer der Mensa des Campus Lichtwiese wird die Ausstellung werktags von 8 bis 16 Uhr gezeigt. An sechs Stationen wird visuell verdeutlicht, wie unsere Handys mit dem blutigen Bürgerkrieg in der DR Kongo zusammenhängen, welche Bedeutung der Rohstoffhandel für die Kriegsfinanzierung hat, wie sexualisierte Gewalt als Kriegsmittel eingesetzt wird, wie Menschenrechtsverletzungen im Kongo von Exil-KongolesInnen in Deutschland gesteuert wurden, wie zwei Morde an Studenten zu Protesten führten und wie Kredite von deutschen Banken Bürgerkriegsmilizen unterstützen, die für Vergewaltigungen, ethnische Säuberungen und Misshandlungen von GoldminenarbeiterInnen verantwortlich sind. Eine relevante Ursache für die vielen Konflikte in der DR Kongo ist fehlende Bildung. Zwar ist die Bildungssituation im Kongo nicht die schlechteste in Subsahara-Afrika, mit einer Alphabetisierungsrate von 67% liegt der Kongo weit über Ländern wie Mali (46%) oder dem Niger (29%). Dennoch sind die Bedingungen für SchülerInnen und Studierende im Kongo schwierig. Auch muss davon ausgegangen werden, dass die Bildungssituation im Osten des Landes, der von den Kriegen besonders stark betroffen war, deutlich schlechter ist. Im Kongo gibt es zwar Einrichtungen höherer Bildung, jedoch ist ein Studium relativ zum Durchschnittseinkommen sehr teuer, weshalb die meisten KongolesInnen auch bei guten schulischen Leistungen keinen Zugang zu universitärer Bildung haben. Der Zugang zu höherer Bildung ist somit ein Privileg der Macht- und Geldelite, die hauptsächlich in Kinshasa und Lubumbashi vertreten ist. Der Ausschluss der sozial benachteiligten Bevölkerung von höherer Bildung wird allgemein als sehr negativ für das Entwicklungs- und Wiederaufbaupotential des Landes betrachtet.

Daher fördert der Verein „Etudes Sans Frontières – Studieren Ohne Grenzen Deutschland e.V.“ bereits über 60 StipendiatInnen in der Demokratischen Republik Kongo, um auch der sozial benachteiligten Bevölkerung Zugang zu universitärer Bildung zu ermöglichen. Damit gibt der Verein jungen Menschen die Möglichkeit, ihr Land aus eigener Kraft nachhaltig zu gestalten. Menschen mit einer ambitionierten Idee werden mit dem „Werkzeug“ ausgestattet, ihre Projektidee vor Ort umzusetzen. Neben der finanziellen Unterstützung in Form von Studienstipendien sind dabei ideelle Förderung und Investitionen in die Bildungsinfrastruktur ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Studieren Ohne Grenzen. Der Verein ist eine gemeinnützige studentische Organisation, die 2006 in Konstanz und Tübingen gegründet wurde und seit 2008 in Darmstadt aktiv ist. Mehr als 800 Studierende engagieren sich deutschlandweit in 14 Lokalgruppen für die Zielregionen Afghanistan, Kongo und Tschetschenien. Derzeit betreut der Verein neben den StipendiatInnen in der Demokratischen Republik Kongo drei tschetschenische StipendiatInnen in Tübingen.

Weitere Informationen gibt’s auf:
www.studieren-ohne-grenzen.org
oder per E-Mail an:
darmstadt@studieren-ohne-grenzen.org

Mit der Lebenswirklichkeit auseinandersetzen

christopher street day darmstadt 18.8.2012

homo
hetero
trans
bi
scheiß-egal

Kai Denkers Rede bei der Kundgebung zum CSD Darmstadt, die er in seinem Online Blog mit der Überschrift „Die Emanzipation nicht den Juristen überlassen..." veröffentlicht hat, spielt im Kern auf die Rettung des Anders-Seins alternativer Lebensformen an.

Wenn das Motto lautet „Natürlich anders!", dann muss die Frage erlaubt sein, was diese Natürlichkeit ausmacht? Kann die homosexuell-geprägte CSD-Bewegung damit zufrieden sein, dass der Gesetzgeber eine Kopie der klassischen heteronormativen Lebensform im Sinne „der monogamen, geschlechtseindeutigen Zweier-Beziehung" in der eingetragenen Lebenspartnerschaft anerkennt und nach und nach mit der Ehe gleichstellt oder hat die CSD-Bewegung noch mehr zu bieten?

Wenn Kai Denker dabei die Spaltung der Community in das Lager der Hetenkopien einerseits und das Lager der „herumhurende[n], schrille[n], perverse[n] Schweine andererseits" anmahnt und zu einer Art Rettung der Perversität aufruft, dann wird die Dialektik der CSD-Bewegung auf den Punkt gebracht: zum einen das Moment der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare zu ihren heterosexuellen Pendants, zum anderen aber auch die Minderheiten innerhalb der Community, die um ihre gesellschaftliche Anerkennung kämpfen: die Transidenten, Intersexuellen, Sadomasochisten, Bi- und Asexuellen, Polyamorösen, Inzestuösen und all die anderen Perversen und Paraphilen, an die lange niemand mehr gedacht hat. Es ist die Frage nach dem Kern der CSD-Bewegung – jenes politische Moment, was sich leider allzu schnell in den schrillen Bildern verliert und gesellschaftlich in der Phrase „Homo-Ehe" marginalisiert findet.

Somit war Denkers Rede zwar natürlich anders, aber die lauthalse Schlussverkündung: „Und solange wir nur akzeptiert werden, wenn wir uns verstellen, anpassen und unsere Geschwister vergessen müssen, sollten wir auf diese so genannte Akzeptanz scheißen" sollte doch nicht unkritisch im Raum stehen gelassen werden, da sie zwar aufzeigt, was in Zukunft noch alles zu leisten ist, aber doch verkennt, welche Fortschritte dank und gerade wegen der CSD-Bewegung in diesem Land stattgefunden haben. Gerade dass mittlerweile auch konservative Kräfte ein Gespür für LGBT-Themen (Lesbian, Gay, Bisexual und Trans) bekommen haben, sollte als Ausgangspunkt und Chance für einen konstruktiven Dialog genutzt werden – einen Dialog, an dessen Ende hoffentlich jede Farbe des Regenbogens in diesem Land ihren Platz hat. Ein Land, in dem der CSD als Fest gefeiert werden kann – ein Fest der Vielfältigkeit einer (viel)bunten Gesellschaft. Und umso wichtiger ist es, dass sich auch die Studierendenschaft der TU Darmstadt mit der Lebenswirklichkeit queerer Kommilitoninnen und Kommilitonen auseinandersetzt und sich einmal fragt: „Wer sind wir und wenn ja wie vielfältig!?"

Zu diesem Zweck trifft sich der Queere Lesekreis des Queer Referats jeden Donnerstag um 19.30 Uhr vor dem Haupteingang des Alten Hauptgebäudes (Raumplan auch auf Anfrage).

Kommentar: Von der Krise zum Ausnahmezustand

Es ist absehbar, dass die EU-Zone auseinanderbrechen wird, wie einst die staatskapitalistische Sowjetunion.[1] Die Krise des Finanzsektors hat sich offensichtlich auf die Ebene der Staatsfinanzen verlagert.

Ein EU-Staat nach dem anderen meldet Konkurs an und wird einem brutalen Sparterror unterworfen, mit allen daraus folgenden sozialen Zerrüttungen und ideologischen Verarbeitungsmustern. Griechenland wird derweil ein Teil der Dritten Welt. Spardiktate wie sie vom IWF an Drittweltländern seit den 80iger Jahren exekutiert wurden, hatten beispielsweise eine Erhöhung der Kindersterblichkeit zufolge.[2] Nicht anders wird es den kapitalistischen Kernländern ergehen. Krankenhäuser werden aus Kostengründen nicht mehr mit Medikamenten beliefert.[3] Auch der Hunger macht sich inmitten des Überflusses breit.[4] Die Militärausgaben bleiben hingegen ungekürzt.[5] Internierungslager für MigrantInnen werden eingerichtet[6] und obendrein fordern griechische FaschistInnen, die Grenze zur Türkei zu verminen.[7] Was vermutlich irgendwann von Frontex umgesetzt wird...

Mehr als ein Jahr ist es her, dass der arabische Frühling begann, der, wie teilweise vorauszusehen war, in einem islamistischen Herbst endete. Ironischerweise wurden die sozialen Ursachen dieser Aufstände schnell vergessen. Bei all dem damit einhergehenden Hurra-DemokratInnen-Gejaule wird nicht wahrgenommen, dass eine Debatte über den sinnvollen Einsatz der Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen gar nicht Gegenstand demokratischer Prozesse ist. Jedwedem demokratischen Diskurs ist das Denken und Handeln in kapitalistischen Realkategorien vorausgesetzt. Alles was „machbar" ist, muss durch das Nadelöhr der Kapitalverwertung. Können die existierenden stofflichen Reichtümer nicht mehr nach kapitalistischen Kriterien mobilisiert werden, etwa weil sie nicht mehr „finanzierbar" sind, oder weil die Leute kein Geld mehr dafür haben, obwohl die Reichtümer stofflich „da" sind, kommt das bürgerlich-bornierte Bewusstsein, gerade auch dann, wenn es ein demokratisches ist, nicht auf die Idee, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Bedürfnisbefriedigung jenseits von Markt und Staat vonstatten gehen kann. Eher werden, wie wir realiter am Beispiel Griechenland sehen, die Reichtümer sukzessive demobilisiert und im Endeffekt die Menschen von ihnen durch die staatlichen Repressions- und Krisenverwaltungskräfte ferngehalten. Ihre nicht mehr zahlungskräftigen Bedürfnisse werden für nicht existent erklärt.
Es ist also gar nicht verwunderlich, wenn in einer solchen Situation des gesellschaftlichen Kollapses die Menschen übereinander herfallen und es zu einem massiven Anstieg von Rassismus usw. kommt. Der Punkt ist, dass ein bloßes „demokratisieren" im handelsüblichen Sinne nicht wirklich viel bringt, was natürlich nicht heißt, dass das Streben nach demokratischen Freiheitsrechten sinnlos oder falsch ist. Die sozialen Ursachen für den arabischen Frühling finden sich auch in so manchen EU-Ländern, wie die zunehmende Arbeits- und Perspektivlosigkeit vor allem der jungen Generation zeigt. Das heutige „Entwicklungsparadigma" lautet nicht: die fortlaufende Ausbreitung von "freedom and democracy", sondern es findet eine fortlaufende Angleichung von der Ersten Welt an die Dritte statt: „Simbabwe ist das Land der Zukunft" (Robert Kurz). Als auch in Europa Proteste losbrachen, wurde man den Verdacht nicht los, dass hiesige Regierungen sich letztendlich auch nicht wirklich anders verhalten (würden), als die arabischen Despoten, wobei sich erst zeigen wird, ob es ebenso weit kommt, wie im Falle Assad. In Spanien beispielsweise wurden SchülerInnenproteste brutal niedergeschlagen, die einzig für mehr LehrerInnen und beheizte Schulräume demonstrierten.[8] Manch einer fühlt sich an die Zeiten Francos erinnert. Auch die Räumung der Protestcamps und die Kriminalisierung von Facebook-Aufrufen[9] zu Demonstrationen (als Mindeststrafe sind 2 Jahre vorgesehen) legt beredtes Zeugnis über die zunehmende "Faschisierung" der Verhältnisse ab. Am Ende steht die Krisendiktatur.

Dass eine solche Entwicklung unter den gegebenen Umständen naheliegend ist und kommen wird, hat bereits im Juni 2010 der EU-Kommissionspräsident Barroso vorhergesehen.–[10] Derweil schreitet die Militarisierung voran, was nicht nur die Eloquenz eines Joachim Gauck zeigt, der bei seiner Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr die „Glückssucht" der Deutschen skandalisierte und obendrein der CDU-Politiker Alexander Gauland, der eine Rückkehr zur preußischen Kriegsdoktrin forderte.[11] Offensichtlich werden alle Hemmungen, sofern noch vorhanden, fallen gelassen.
Eine Forcierung der Militarisierung des Inneren ist zu beobachten, werden doch Vorbereitungen getroffen, „Aufstände" mit Waffengewalt niederzuschlagen. Die russische Nachrichtenagentur „Ria Novosti" berichtete schon im Herbst letzen Jahres, dass das russische Militär zur Niederschlagung von Aufständen trainiert, um „Massenunruhen wie in Großbritannien vorzubeugen".[12] Doch auch in Deutschland kommt die Bundeswehr im Inland zum Einsatz, um die Polizei bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen, wie die taz berichtete.[13] Dieser Bundeswehreinsatz bekam kürzlich auch die offizielle, höchstrichterlich Absegnung durch das Bundesverfassungsgericht.[14] Droht die bürgerliche Normalität zusammenzubrechen, wird das offizielle Bewusstsein hysterisch und der Finger sitzt locker am Abzug. Die "ultima ratio" der bürgerlichen Gesellschaft ist, wie die Geschichte immer wieder gezeigt hat, der Ausnahmezustand: also die Aufhebung oder stückweise Erosion der demokratischen Freiheiten, um den wunderbaren Kapitalismus zu „retten".[15] Italiens Premier Monti hat sich zu der Aussage hinreißen lassen, dass die Politik sich von den Parlamenten unabhängiger machen solle, was aber nach scheinempörtem Geraune schnell wieder relativiert wurde; ironischerweise sind aber schon längst die offiziellen demokratischen Institutionen ausgehöhlt, so dass Politikwissenschaftler wie Colin Crouch schon vor Jahren konsequenterweise von der „Postdemokratie" sprachen.[16] Doch das ist nicht der einzige postdemokratische Vorschlag: Im Vorfeld der Wahlen in Griechenland schlug Wolfgang Schäuble, zweifellos ein „lupenreiner Demokrat", vor, die Wahlen auszusetzen. Wenn es kriselt und die Handlungsräume der Politik sich verengen, kann es schon nervig sein, wenn das Volk nicht im Sinne des Politbüros entscheidet...

Dieser „Notstandsterror" (Robert Kurz) ist also zweifellos eine ernst zu nehmende politische Entwicklung, die nicht durch irgendwelche Beschwichtigungsdiskurse -„so schlimm wird es bei uns wohl nicht werden"- zu verharmlosen ist. Ein entsprechender sozialer Widerstand ist dem entgegenzusetzen! Bleibt zu hoffen, dass sich auch die eher unpolitische Studierendenschaft an diesem beteiligt.

von Sebastian Schmidt

Quellen:

[1] Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, 1994
[2] Mike Davis: Planet der Slums, 2011 Assoziation A
[3] *www.bit.ly/OjgXyC*
[4] *www.bit.ly/Hz5iW8*
[5] Graswurzel Revolution Nr. 368, S.8
[6] *www.heise.de/tp/blogs/8/151903*
[7] *www.bit.ly/Je4wCj*
[8] *www.bit.ly/wvIujo*
[9] *www.heise.de/tp/artikel/36/36751/1.html*
[10] *www.bit.ly/n1Jd4O*
[11] *www.heise.de/tp/artikel/37/37443/1.html*
[12] *www.bit.ly/QV4Ta3*
[13] *www.taz.de/!99382/*
[14] *www.jungewelt.de/2012/08-18/059.php*
[15] Giorgio Agamben: Ausnahmezustand, 2004 Suhrkamp
[16] *www.heise.de/tp/blogs/8/152532*

gesellschaft

Pussy Riot vs. Putin is muss

Putin steckt Kritik(erinnen) locker weg

Fotos: Igor Mukhin & Dmitry Avdeev (jeweils CC BY-SA 3.0), Montage: Specky

In ihren Liedtexten kritisieren sie die nach wie vor undemokratischen und protestfeindlichen Zustände in Russland, außerdem die vom Staat bewusst geförderte gesellschaftliche Unmündigkeit, die unter anderem den vorherrschenden Sexismus stärkt und nicht zuletzt die starke Verschmelzung des Staates mit der orthodoxen Kirche, sowie den Ministerpräsidenten Putin selbst. Zwar veranstaltete die oppositionelle russische Punk-Band Pussy Riot schon mehrere politische Aktionen, beispielsweise vor dem Untersuchungsgefängnis, doch war sie bis zu ihrem provokanten Rocksong in der russisch orthodoxen Kirche außerhalb Russlands kaum bekannt. In diesem baten die Sängerinnen die Jungfrau Maria, Putin zu verjagen.

Nach der Verhaftung der drei jungen Frauen folgten Protestaktionen und Flashmobs vor der russischen Botschaft. Weltweit Schlagzeilen machte die Band allerdings erst durch den anschließenden Schauprozess. Dieser statuiert ein Exempel - gegen den zunehmenden Unmut der Bevölkerung. Es steht zu erwarten, dass die russische Gesellschaft noch stärker polarisiert wird. Zu hoffen bleibt, dass die Proteste gegen den "Putinismus" weitergehen, wobei gleichzeitig zu befürchten ist, dass neofaschistische und nationalistische Bewegungen, die schon jetzt eine nicht unerhebliche Rolle spielen, an Einfluss gewinnen. Die Verurteilung zu zwei Jahren Arbeitslager empört dem Anschein nach die breite Öffentlichkeit, zeigt man sich doch erschüttert und plädiert für die Freiheit der Kunst und des Individuums. Doch wird das Problem der fehlenden Demokratie und der polizeilichen und staatlichen Repressionen nur auf Russland begrenzt und es wird dabei vergessen, dass auch Aktivist*innen in vermeintlich demokratischen Staaten, wie Deutschland und auch überall sonst auf der Welt mit starken Repressionen zur Mäßigung angehalten werden. So reagierte beispielsweise die deutsche Justiz auf die Nachahmer*innen, die im Kölner Dom auftraten, mit einer Anklage. Im schlimmsten Fall droht diesen sogar eine Haftstrafe. Auch die breite Masse begegnet kritischen Aktivist*innen keinesfalls tolerant und offen. Im Gegenteil, viele engagierte Menschen haben mit Feindseligkeit und Unverständnis zu kämpfen. So geschah es kürzlich bei einer Solidaritätsaktion zu Pussy Riot auf der Mathildenhöhe, dass einer Teilnehmerin von verärgerten Zuschauer*innen die Sonnenbrille aus dem Gesicht geschlagen wurde.

Dies ist kein Einzelfall, dies sind Gegebenheiten mit der sich Aktivist*innen ständig konfrontiert sehen. Sei es, weil sie eine andere Gesellschaftsform als den Kapitalismus anstreben, sich in einer antifaschistischen Gruppe engagieren und gegen Naziaufmärsche stellen oder bei den Castor-Protesten im Wendland teilnehmen. Damit stehen die Ereignisse um Pussy Riot stellvertretend für den weltweiten Umgang mit missliebigen Meinungen. Umso wichtiger ist es, die bestehenden Gegebenheiten und Strukturen in Staat, Religion und Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.

Nähere Infos zu Pussy Riot findet ihr unter:
www.eng-pussy-riot.livejournal.com/

Kommentar: We are all Pussy Riot

Die Fakten sind hinlänglich bekannt. Nach einem Schauprozess sind die drei Aktionskünstlerinnen der feministischen Band „Pussy Riot" zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt worden. An ihnen ist ein Exempel statuiert worden, gegen den zunehmenden Unmut der Bevölkerung, gegen das „lupenrein demokratische" Russland. Nicht zufällig begann die ganze Geschichte etwa zu der Zeit als Väterchen Putin „wiedergewählt" wurde. Ein weiteres Beispiel für das Zusammenspiel religiöser und staatlicher Macht in unseren postmodernen Zeiten. Es steht wohl zu erwarten, dass die russische Gesellschaft noch stärker polarisiert wird und es ist zu hoffen, dass Proteste gegen den „Putinismus" weitergehen, wobei gleichzeitig zu befürchten ist, dass neofaschistische Bewegungen, die eine nicht unerhebliche Rolle spielen, an Einfluss gewinnen.

Was ein wenig pervers anmutet, ist die bundesdeutsche Reaktion auf diese Verurteilung. Zeigt man sich doch empört gegen autokratische Herrschaft und plädiert für die Freiheit der Kunst und des Individuums. Dabei wäre es im "Kirchenstaat" Deutschland vermutlich auch nicht anders gekommen. Man stellte sich vor, Pussy Riot wäre im Kölner Dom aufgetreten. Auch hier wäre prinzipiell ein Prozess wegen Gotteslästerung und „verletzter religiöser Gefühle" zu erwarten (Anm. d. Red.: Ein vergleichbares Ereignis trat am 19.08.2012 ein) [1]. Der Gotteslästerungsparagraph StGB §166 sieht eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren, ersatzweise eine Geldstrafe, vor.

In einer Demokratie - und in einem „Verein freier Menschen" (Marx) sowieso - muss es grundsätzlich erlaubt sein, Religion zum Gegenstand radikaler Kritik zu machen. Ein entsprechendes Verbot, „religiöse Gefühle zu verletzen", heißt nichts anderes, als durch Religion bedingte Unmündigkeit unter Denkmalschutz zu stellen; ist es doch erfahrungsgemäß so, dass bei aller Sachlichkeit, Kritikunfähige sich schnell auf die Insel des "Beleidigt-seins" zurückziehen. Und was ist das anderes als Unmündigkeit? Beispielhaft erwähnt sei die Klage einer „Kerzenhüterin", laut der dieser „dämonische Auftritt ihre Gefühle, ihren Glauben, ihre Ideale und sogar ihre Persönlichkeit geschändet habe" [2]. Ein anderer „Geschädigter" berichtet, dass er, wegen des erlittenen seelischen Traumas, zwei Monate lang nicht seiner Arbeit nachgehen konnte.

Vor einiger Zeit, im Zusammenhang mit der Titanic-Papstsatire, wurde vom CSU-Politiker Thomas Goppel gefordert, dem Chefredakteur des Titanic-Magazins die „Schreiblizenz" zu entziehen [3]. Überhaupt gibt es in Deutschland konservative Kräfte, und bei weitem nicht nur kreuz.net, die den Gotteslästerungsparagraphen noch verschärft sehen wollen [4]. Auch gibt es immer wieder durch dieses Gesetz verfügte Verbote im künstlerischen Schaffen. Beispielsweise ist, bis auf den heutigen Tag (Anm. d. Redaktion: zum Zeitpunkt der Drucklegung), das Theaterstück „Maria Syndrom" des Philosophen und Religionskritikers Michael Schmidt-Salomon verboten. Oder man denke an die Aktionskünstler Wolfram Kastner und Linus Heilig, die, verkleidet als Adolf Hitler und Papst Pius XII, auf den nach wie vor gültigen Vertrag zwischen Vatikan und Drittem Reich, der der Kirche zahlreiche Privilegien einräumt, aufmerksam machen - also die berühmte deutsche Staat-Kirchen-Verfilzung [5] anprangern - und es dafür immer wieder mit der Staatsgewalt zu tun bekommen, nach dem Motto: „A bisserl a Polizeistaat schad't doch nix!"[6] Aber dieses moralische Raunen und dieses "die-Scheiße-immer-nur-beim-anderensehen" ist keineswegs neu und keinesfalls nur eine deutsche Angelegenheit. Genannt sei beispielsweise die faschistoide Kriminalisierung von Jugendsexualität [7]; wurde doch beispielsweise der 17jährige Genarlow Wilson wegen einverständlichem Oralsex mit einem 15jähigen Mädchen zu 10 Jahren Haft verurteilt [8]. Für derartiges gibt es mittlerweile einen eigenen Begriff: „victimless crimes".[9]

In Düsseldorf wurden 1738 zwei Frauen wegen so genanter „Hexerei" in christlicher Nächstenliebe verbrannt. Diese Frauen sollten nun rehabilitiert und eine Strasse nach ihnen benannt werden. Vermeintlich eine Selbstverständlichkeit, wir leben schließlich im 21. Jahrhundert und mittelalterliche Urteile, wie sie der putinistische Gottesstaat verhängt, sind bei uns völlig undenkbar, leben wir doch in einer Demokratie in der jede*r selbstbestimmt über sein oder ihr Leben verfügen kann, dem Spaghettimonster sei Dank! Aber nein, es kam anders. Eine Schuldanerkenntnis sei „nicht sinnvoll", so Kulturdezernent Lohe (CDU) und überhaupt würde eine Rehabilitierung – oh nein - das Urteil aufheben und obendrein seien diese Frauen gar nicht unschuldig gewesen, so die geistliche Eloquenz eines Theologen, schließlich waren beide Frauen „in abergläubische Praktiken [10] und phytotherapeutisches (Pfanzenheilkunde) Detailwissen involviert"! [11] Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

von Sebastian Schmidt

Quellen:

[1] *www.fr-online.de/politik/pussy-riot-proteste-im-koelner-dom-kirche-verklagt-pussy-riot-unterstuetzer,1472596,16950362.html*
[2] *www.jungle-world.com/artikel/2012/32/46017.html*
[3] *www.heise.de/tp/blogs/6/152367*
[4] *www.heise.de/tp/artikel/22/22004/1.html*
[5] Die beispielsweise Diskriminierung von Atheisten, Andersgläubigen, Wiederverheirateten und Homosexuellen zur Folge hat: *www.gerdia.de*
[6] *www.miz-online.de/Archiv/3-06/-bisserl-Polizeistaat-schad%E2%80%99t-doch-nix* , *www.bfg-muenchen.de/cms/home/aktuelles/bfg-muenchen.html?35idcatsideback=4&35startmonth=6&35monthback=-1&35idarticle=113&35category=4&35page=2*
[7] *www.rhizom.blogsport.eu/2006/12/13/some-foucauldian-reflections-on-pedophilia/*
[8] *www.rhizom.blogsport.eu/2007/01/14/victimless-crime-punished-with-10-years/*
[9] *www.synchronium.net/2009/03/22/sam-harris-religion-drugs/*
[10] Abergläubische Praktiken sind Katholiken natürlich völlig fremd wie z.B. folgender Vorfall in Wiesbaden zeigt: *www.lust-zeitschrift.de/artikel/archiv/90/5.html*
[11] *www.welt.de/vermischtes/article13697920/Warum-in-Duesseldorf-keine-Hexen-rehabilitiert-werden.html*

„Freitag des Ellenbogenleckens“ im Sudan

Studentische Proteste fordern einen Regimewechsel

Students of Zalingei University (Central Darfur) protest

Foto: Albert González Farran - UNAMID

Was würdest du tun, wenn die Mensapreise ins Unermessliche steigen? Wenn der Rektor der Universität direkt vom Staatspräsidenten eingesetzt würde?[1] Wenn du ständige Militärpräsenz auf dem Campus hättest? Wenn regierungsfreundliche Studierende bevorzugt würden? Würdest du dann protestieren?

Nicht erst seit dem Arabischen Frühling gibt es im Sudan Menschen, die ihr Leben riskieren, um der Militärdiktatur von Omar Al-Bashir, der nun seit 23 Jahren herrscht, ein Ende zu setzen. Doch die Proteste im Sudan lassen sich nicht mit dem Begriff „Arabischer Frühling“ fassen. „Weder ist die Bevölkerung - entgegen der Arabisierungspolitik der Regierung - rein arabisch, noch gibt es im sudanesischen Jahreslauf einen Frühling. Die Sudanesinnen und Sudanesen nennen ihre Proteste lieber ‚Tag des Zorns‘, ‚Sandsturm-Freitag‘, ‚Dritte Revolution‘ (nach den gewaltfreien Revolutionen von 1964 und 1985, lange vor dem ‚Arabischen Frühling‘), oder auch ‚Freitag des Ellenbogenleckens‘. Präsidialberater Nafie Ali Nafie hatte einmal flapsig gesagt, ein Regimewechsel im Sudan sei so unmöglich, wie sich selbst den Ellenbogen zu lecken.“ [2]

Ausgegangen sind die Proteste im Juli – die Tage des Ellenbogenleckens – von der University of Khartoum, an der geschlechtergetrennte Studienbereiche existieren, wo Studentinnen gegen die Mensapreise protestierten, die sich von einem Tag auf den anderen verdoppelt hatten. Der Protest erreichte am 16. Juni auch die Räumlichkeiten der Studenten, die sich ihm anschlossen. Am 16. Juni wollten sie durch die Stadt marschieren, wurden jedoch von der Polizei zurückgedrängt. Als am nächsten Tag wieder eine Versammlung stattfand, ging die Polizei, insbesondere gegen Studentinnen, gewaltsam vor und durchsuchte ihre Zimmer. Die nächsten Tage fanden zahlreiche Proteste in der Hauptstadt Khartoum statt, insbesondere an den beiden Universitäten Sudan University of Science and Technology und University of Khartoum, ab dann auch in anderen Städten, wie der/die UserIn sunflower auf der Homepage der Girifna schreibt.[3] Zu Beginn wurden die Proteste der Studierenden skeptisch betrachtet und nicht ernst genommen. Als sich dann aber auch andere Bevölkerungsgruppen anschlossen, änderte sich dies schlagartig. Der Unmut der Bevölkerung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Versorgungssituation im Sudan immer schlechter wird. So hat die Inflation im Mai 30% erreicht, was sich vor allem bei den Lebensmittelpreisen bemerkbar macht. Täglich zogen zwischen hundert und tausend Menschen in Gruppen durch die Straßen Khartums, Omdurmans, al-Ubayeds, Sinars, und Port Sudans. „Landarbeiter und Büroangestellte blockierten Straßen, Aufstände in Slums flammen immer wieder auf, Juristen demonstrieren vor Gerichten und erklärten ihre Solidarität mit den Demonstrationen“ erläutern Heinitz und Ali auf zenithonline.de.[4]

In der darauffolgenden Woche wurden circa 2000 DemonstrantInnen von der Polizei und den Sicherheitskräften, der National Intelligence and Security Services (NISS), verhaftet. Mindestens 100 Personen wurden länger festgehalten, noch immer befinden sich DemonstrantInnen in Haft. Amnesty International (PRE01/338/2012) und die EU-Kommission reagieren besorgt auf die Gewalt bei den Festnahmen und die Haftbedingungen. Folter ist in den Gefängnissen der NISS nichts Ungewöhnliches, sie werden von der Bevölkerung auch „Geisterhäuser“ genannt. Besonders neu ist im Sudan allerdings die Gewalt, die die NISS gegen Frauen anwendet. Zuvor wurden Frauen von längeren Aufenthalten verschont und schnell wieder freigelassen – was nicht bedeutet, dass sie nicht Folter und Vergewaltigungen ausgesetzt waren. Ein Beispiel dafür ist die junge Frau Mai Shutta, Aktivistin der gewaltfreien Protestbewegung Girifna – was übersetzt so viel bedeutet wie „Wir haben es satt“. Sie ist langjährige Aktivistin und setzt sich für eine gewaltfreie Revolution ein. Sie bringt Menschen bei, ihre Konflikte gewaltfrei zu lösen. Wie wichtig das im Sudan ist, einem Land das vom Bürgerkrieg und der brutalen Diktatur Bashirs gezeichnet wurde, ist für uns in Europa nur schwer vorstellbar. Auf ihrer Website stellt Girifna die Geschichten verschiedener Menschen vor, Mai ist eine davon.

Am 2. Juli 2012 wurde Mai vor ihrem Haus von der NISS festgenommen. „Nach genau sieben Minuten rief sie an und sagte, NISS Agenten sind zu ihren Haus gekommen und sie bat uns zurück zu kommen. Als wir sie nach ein paar Minuten zurückrufen wollten, war ihr Handy aus“ (sunflower 2012), berichten ihre Freunde. Ihre Familie bestätigt ihre Festnahme, kennt den genauen Aufenthalt von Mai aber nicht. Bereits am 26. Juni wurde sie von einem Motorradfahrer bedroht und gestoßen und brach sich einen Arm. Da sie bereits Opfer einiger Attacken von NISS war und in deren Geisterhaus eine schreckliche Zeit durchgemacht hat, ist sie sich sicher, dass der Motorradfahrer von NISS kam. Drei Tage später wurde sie bei einer Demonstration von Polizisten zusammengeschlagen. Mai befand sich 42 Tage in Haft, wurde aber während dieser Zeit vermutlich vom Geisterhaus in ein reguläres Gefängnis verlegt. Ihre Familie und FreundInnen machten sich Sorgen um ihre Gesundheit, da Opfer des Regimes keine ausreichende medizinische Behandlung erhalten.

Mai Shutta wurde inzwischen nach dieser politischen Haft ohne Anklage gemeinsam mit neun weiteren weiblichen Gefangenen freigelassen. Warum, lässt sich nur spekulieren. Mai berichtet, dass sie nun zwar sehr erleichtet, aber gesundheitlich angeschlagen sei. Zu den Haftbedingungen zählten Schläge, Bedrohungen mit Schusswaffen und Schikanen wie die Toilettenbenutzung nur zu festen Uhrzeiten und nicht ausreichendes Essen. Einmal bekam sie heiße Seife ins Auge und Schläge auf die Ohren, was ihren, durch 42 Tage ohne Sonnenlicht, aber dafür 24 Stunden am Tag elektrischem Licht und dem damit verbundenen Schlafmangel ohnehin gebeutelten gesundheitlichen Zustand noch verschlechterte. In Verhören wurde sie beschuldigt, zu den AnführerInnen von Girifna zu gehören und Kommunistin zu sein, da sie kurze Haare trägt. Für die Geheimpolizei waren die Verhöre jedoch ohne Erfolg, Mai beschreibt diese als eher dümmlich. Zweimal machten sie und Mitgefangene einen Hungerstreik um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Gemeinsam mit einer anderen Gefangenin hat sie Gedichte rezitiert, gesungen und Phantasiereisen gemacht, um diese Zeit zu überstehen. Die gute Nachricht war, dass das Wachpersonal von Vergewaltigungen eher absieht, seit Safia Isah damit 2011 an die Öffentlichkeit gegangen ist und ihre Geschichte unter anderem auf YouTube gestellt hat. Vor ihrer Freilassung sollte sie ein Papier unterzeichen, dass sie die Regierung und Geheimdienst respektiert, keine schlechten Nachrichten ins Ausland gibt und heiratet um für ihren Mann und Kinder dazusein. Doch daran denkt Mai mit Sicherheit nicht.

von Nina Eisenhardt

Quellen:

[1] Heinitz, Amir/ Ali, Mustafa, 2012: Ellenbogenlecken im sudanesischen Proteststurm, *www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/artikel/ellenbogenlecken-im-sudanesischen-proteststurm-003082/*
[2] Kramer, Julia K., 2012: Tage des Zorns im Sudan, *www.lebenshaus-alb.de/magazin/007441.html* (21.7.2012)
[3] Sunflower, 2012: Update on Political Detainees In First Month of Sudan Revolts, *www.girifna.com/6257*
[4] Zenith, 2012a: Proteste im Sudan dauern an, *www.zenithonline.de/deutsch/home/quicknews/artikel/proteste-im-sudan-dauern-an-003030*

Das leidige Thema Nationalismus

Es erscheint heutzutage fast schon natürlich, dass sich Menschen in Nationalstaaten organisieren, mit welchen sie dann durch eine gesunde, patriotische Liebe verbunden sind.

Historisch gesehen sind Staaten jedoch eine recht junge menschliche Schöpfung: Im 15. und 16. Jahrhundert erforderten einige revolutionäre Umwälzungen im Militärwesen eine neue und effektivere Form der Verwaltung der verschiedenen Herrschaftsbereiche, die dann schließlich im 17. Jahrhundert zu ersten staatsförmigen Gebilden führte. Der Nationalstaat ist noch jüngerer Natur: Die Praxis, dass sich konstruierte Nationen bewusst in einem Staatswesen zusammenfinden, lässt sich erst im späten 18. Jahrhundert – wenn nicht gar erst seit der französischen Revolution - nachweisen. Auch dann existierte jedoch keineswegs ein homogenes „Staatsvolk“. So musste z.B. in Frankreich, aber auch in anderen Staaten, die sprachliche Einheit erst in einem langwierigen Prozess unter Zuhilfenahme zahlreicher Zwangsmaßnahmen hergestellt werden. Das Vorgehen von Ländern mit bis heute immer noch starken nationalen Minderheiten (z.B. Bask_innen und Katalan_innen in Spanien, Kurd_innen in der Türkei usw.) lässt durchblicken, wie dieser Prozess vonstatten gegangen sein könnte.

Die Gründung des besagten Nationalstaates ist dabei nicht ein zufälliges Ereignis, sondern das Zusammenwirken komplexer historischer Prozesse, in denen nationalistische Bewegungen eine bedeutente Rolle spielen. Wissenschaftlich betrachtet stellt Deutschland bei der Entwicklung zum Nationalstaat einen Sonderfall dar. Bis in die Moderne in einem mittelalterlich-feudalen und multinationalen Reichsgebilde organisiert, in dem sich patriotische Gefühle zumeist auf den jeweiligen Kleinstaat bezogen, taucht ein gesamtdeutscher Nationalismus erst in der Auseinandersetzung mit Napoleon auf, nachdem dieser das alte „Heilige Römische Reich“ zerschlagen hatte. In den so genannten „Befreiungskriegen“ gegen die napoleonische Herrschaft flammt zum ersten Mal ein deutsches Nationalgefühl auf, das sich aber zunächst vor allem gegen die „Besatzer“ richtete. In diesem Zusammenhang äußerte sich der übliche Abgrenzungsprozess, der im Zuge jeder Nationenbildung abläuft, vor allem in einem übersteigerten „Französ_innenhass“, aber auch in einer Ablehnung gegen nationale und religiöse Minderheiten.

1817 veranstalten Burschenschafter das Wartburgfest, auf dem neben „reaktionärer“ Literatur, wie der Bundesakte und Werke konservativer Schriftsteller_innen, auch „undeutsche“ Schriften verbrannt wurden. Erst 1871 war diese Einigung mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs vollzogen. Aufgrund des sog. „Sonderwegs“ der deutschen Nationsgründung hatten sich hier einige Besonderheiten herausgebildet: Schon die Burschenschafter auf dem Wartburgfest vertraten einen irrationalistischen, von der Romantik beeinflussten, Antimodernismus und einen spezifischen völkischen Nationalismus, der bis 2000 noch im Staatsbürgerrecht nachschwang und bis heute im öffentlichen Diskurs eine Rolle spielt - „deutsch“ ist nicht, wer schlicht hier geboren ist oder sich zur Nation bekennt, wie es z.B. in Frankreich üblich ist, sondern wer deutscher Abstammung ist. Konsequent zu Ende gedacht findet sich dies im Rassenwahn inkl. „Arienachweis“ der Nationalsozialisten. Dass der Nationalismus keine unschuldige Idee ist, beweisen die zahlreichen im Namen der jeweiligen Nation geführten Kriege und verübten Verbrechen – auch in Deutschland ergäbe die Aufzählung eine lange Liste.

Auch in der vermeintlich aufgeklärten und modernen Bundesrepublik treibt der Nationalismus sein Unwesen. So z.B. 1992 – 175 Jahre nach dem Wartburgfest und von heute aus gesehen vor ziemlich genau 20 Jahren – als sich, beflügelt vom nationalen Taumel der Wiedervereinigung, in Rostock-Lichtenhagen ein Mob aus „normalen“ Bürger_innen und Neonazis zusammenrottete und tagelang Asylbewerber_innenwohnheime belagerte und mit Steinen und Brandsätzen attackierte. Dies war leider kein Einzelfall, sondern nur das Fanal einer ganzen Reihe von ähnlichen Ereignissen – dass es dabei keine Todesopfer gab, ist vielmehr einem glücklichen Zufall als dem Einschreiten der Polizei zu verdanken.

Im Gegenzug wurde der „Party-Patriotismus“ zur Fifa-Weltmeisterschaft 2006 hoch gelobt, endlich war es wieder möglich, „Flagge zu zeigen, ohne dabei gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden“. Kaum jemand wagte es, den entspannten Patriotismus als das zu benennen, was er war: der alte Nationalismus im schwarz-rot-geilen Schafspelz. Dass dies nicht einfach nur die Befürchtung der üblichen „linken Spielverderber_innen“ war, bewiesen bald die ersten Studien, die zum einen die Zunahme rassistischer Übergriffe während der WM, als auch alarmierende Veränderungen im Verhältnis zur Demokratie sowie eine Zunahme der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ konstatierten.

Die Psychologin Dagmar Schediwy erläutert im Zusammenhang mit ihrer Studie „Ganz entspannt in Schwarz-Rot-Gold?“, die eben jenen Zusammenhang zwischen Fußball-Patriotimus und gesteigertem Nationalismus aufdeckte, dass es beim kollektiven „public viewing“ eben nicht nur darum geht, „unsere Mannschaft“ zu unterstützen, sondern gerade um die Herstellung eines heimeligen Kollektivgefühls. Dieses „Wir“ dient vor allem den von Krisenerlebnissen betroffenen und vom sozialen Abstieg bedrohten Individuen als Halt in einer stetig komplexer werdenden Welt. Und gerade in besagten Krisen ist Patriotismus/Nationalismus - eine vielmehr künstliche als reale Unterscheidung - am gefährlichsten, beweisen doch zahlreiche historische Beispiele, wie sich in diesen Phasen der offene Chauvinismus Bahn bricht. Letztendlich hat die Nation die Religion schon vor langer Zeit als das „Opium des Volkes“ abgelöst.

von PL

Kürzungen in Darmstadt

Nach einem "Finanzworkshop" des Magistrat Darmstadts über den Haushalt 2012 wurde Ende Mai die Entscheidung für tiefgreifende Einschnitte getroffen, um die Neuverschuldung zu stoppen und Schulden abzubauen. Dabei werden nicht nur Öffnungszeiten von Stadtteilbibliotheken gekürzt oder sie gar gestrichen, fällige Renovierungen verschoben und Jugendhäuser privatisiert oder geschlossen.

Die Stadt will alle öffentlichen Gebäude auf ihre Eignung zur Privatisierung prüfen und kürzt bei der Förderung aller Initiativen und Vereinen pauschal 10%. Stand für den AStA zunächst die Oetinger Villa, über die wir auch in dieser Ausgabe berichten, im Blickfeld, konnten wir recht zügig Entwarnung geben - auf eine Presseanfrage war die Antwort von Finanzmagistrat Schellenberg eindeutig: Die Villa sei nicht betroffen, ansonsten könne er keine Auskunft geben. Ob und inwieweit die damit verbundene Frage, ob die Stadt im Falle einer Schließung der Villa mit Besetzungen rechne, diese Entscheidung beeinflusst hat, ist dem AStA nicht bekannt.
Für Studierende spielt bei den Kürzungen besonders die Streichung des Begrüßungsgeldes eine Rolle. Die Antwort auf die Frage, ob damit auch die Zweitwohnsitzsteuer wegfalle, war kurz und knapp: "Nein".

Am erschreckendsten war aber die Reaktion der zahlreichen Vereine und Initiativen, die von der Kürzungen betroffen sind: Keine. Woran das liegt, lässt sich nur mutmaßen. Bei Studierenden liegt die Vermutung nahe, das Bachelor-Master-System sorge mit seiner Verschulung für weniger Freiräume für soziales und politisches Engagement. Zentraler könnte aber eher sein, dass sich die politische Organisierung und Vernetzung in Darmstadt in den letzten Jahren um einiges verschlechtert hat.

Für den AStA bedeutet das, mehr auf lokale Initiativen zuzugehen und politisch linke, emanzipatorische Menschen stärker zu vernetzen, denn unser Organisierungsgrad ist zentral für unsere Handlungsfähigkeit.

Kommentar: Mein rechter, rechter Platz ist – besetzt!

"Habe ich überhaupt noch eine Chance auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz?" Diese Frage stellen sich derzeit viele Schüler*innen in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern. Die Bilder von überfüllten Lehr- und Hörsälen sind schon lange keine Seltenheit mehr und Ausbildungsplätze fehlen nach wie vor in großem Umfang.

Durch die Bundeswehrreform und die G8/G9-Problematik hat sich die Lage in den Bildungseinrichtungen noch einmal verschärft. Eine Mitschuld hieran tragen sicherlich auch die Bundes- und Landesregierung, die Veränderungen durchgesetzt haben, scheinbar ohne sich der darüber hinausgehenden Folgen bewusst zu sein. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Konzeptlosigkeit in der Bildungspolitik, die sich durch alle Parteien zieht.

Aber wer sind die wirklich Leidtragenden?

Natürlich sind es Schüler*innen, die nicht Ihren Wunschstudienplatz bekommen. Natürlich sind es Student*innen, die in vollkommen überfüllten Hörsälen sitzen. Doch die am stärksten Betroffenen finden sich am sogenannten unteren Rand der Gesellschaft. Durch die doppelten Abiturjahrgänge, in Folge der G8-Reform, gibt es weitaus mehr Hochschulbewerber*innen als in den Jahren zuvor. Die Bundeswehrreform bringt das Fass erst recht zum Überlaufen. Eine hohe Zahl an abgelehnten Abiturient*innen strömt folglich auf die vorhandenen Ausbildungsplätze und verringert die Chance derer, die einen weniger angesehen Schulabschluss haben. Jugendarbeitslosigkeit und somit Perspektivlosigkeit wird eine der schwerwiegenden Folgen sein. Welch explosives Pulverfass dies darstellt, wird in nahezu allen europäischen Ländern, vor allem aber in Griechenland und Spanien, deutlich.

Diese Zukunftsangst erhöht den Druck, der auf den Jugendlichen lastet, enorm und führt zu verschärftem Konkurrenzdenken, infolgedessen Mitschüler*innen und Freund*innen zu Gegner*innen werden, gegen die es sich durchzusetzen gilt. Um wirtschaftlich attraktiver zu sein, müssen längere Schultage, weniger Freizeit und ein kleinerer Raum für kritisches Denken in Kauf genommen werden.

Gerade aber das Erlernen sozialer Fähigkeiten in der Jugend und in der Schule sind wichtig für eine humane Gesellschaft, in der ein Miteinander stattfindet. Es ist nicht möglich miteinander zu leben, wenn schon als Kind erlernt wird, immer gegeneinander zu kämpfen und besser als der/die Andere zu sein. Der Mensch reduziert sich mit dem heutigen Bildungssystem auf eine kalte Maschine, die nur noch versucht, besser als die jeweils andere zu sein.

Um dem Verfall der humanen Gesellschaft entgegenzuwirken und im Gegenzug eine solidarische Gesellschaft zu erreichen, besteht großer Handlungsbedarf auf Seiten der Politik, aber auch der Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass Forderungen nach dem 'Grundrecht auf Ausbildung' und 'freier Bildung für alle' nicht bloß blasse Demo-Sprüche im Schatten der kapitalistischen Ordnung bleiben, sondern entschiedener als je zuvor vertreten und umgesetzt werden.

*Kommentar des Stadtschüler*innenrates*

Oetinger Villa – selbstverwaltetes Jugendzentrum

Oetinger Villa an der Kranichsteiner Straße 81

Foto: JuKUZ Oettinger Villa

Die Oetinger Villa ist ein linkes und alternatives Kulturzentrum in Darmstadt. Es gibt hier Raum für Konzerte und Partys, aber auch besonders für politische Arbeit, für Gruppentreffen, inhaltliche Veranstaltungen, Kunstprojekte und vieles mehr. Dabei verstehen wir uns ganz klar als antifaschistisch und antikapitalistisch. Für Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und Sexismus ist hier definitiv kein Platz.

Jeden Dienstag um 19 Uhr findet das "Offene Villa Plenum" der Oetinger Villa statt. Hier treffen sich alle Aktiven und jene, die es werden wollen. Das Plenum dient dem Austausch über gemeinsame Interessen oder Konflikte, aber auch dem Beschließen von verbindlichen Entscheidungen. Traditionell liegt ein Schwerpunkt der Arbeit des JuKUZ Oetinger Villa in der Veranstaltung von Konzerten. Dabei ist uns wichtig, dass weniger bekannte, doch wie wir finden eindrucksvolle, Musiker_innen aus den verschiedensten musikalischen Stilrichtungen in der Oetinger Villa auftreten und dem Publikum vorgestellt werden. Unser Hauptaugenmerk gilt hauptsächlich weniger kommerziellen Künstler_innen der subkulturellen Szene. Nicht nur aus privatem Interesse ist uns daran gelegen, daß auch die etwas weniger bekannte, doch kulturell sehr wertvolle Musik gehört werden kann und die entsprechenden Künstler_innen einen Veranstaltungsort finden. Mit der Auswahl der Bands haben wir durch ihre Exklusivität schon häufiger Zuschauer_innen aus dem weiteren Rhein-Main-Gebiet nach Darmstadt in die Oetinger Villa locken können.

Die Motivation, sich die nicht unerhebliche Arbeit aufzuhalsen, die ein Konzert mit sich bringt - etwa ein ganzer Tag allein für die Konzertdurchführung - liegt in der Begeisterung für bestimmte Musikstile und die sie vertretenden Bands. Die Arbeit aller konzertveranstaltenden Gruppen (Angeschimmelt Youth Crew, Bunt und Babbisch Komitee, Couchrock, Knertz) und Einzelmitgliedern ist ehrenamtlich, andernfalls wäre es nicht möglich, diese Anzahl von Konzerten zu veranstalten. Aber der selbstgestellte Anspruch ist ohnehin die Nichtkommerzialität der Konzerte. Konzerte werden veranstaltet, weil den Leuten, die die viele Arbeit auf sich nehmen, die mit der Organisation eines Konzerts verbunden ist, die Bands und die Musik, die sie machen, am Herzen liegen. All diese ehrenamtliche Arbeit macht es uns möglich, mit günstigen Eintrittspreisen auszukommen, um so vor allem Jugendlichen den Besuch von Konzerten zu ermöglichen. Außer für von uns selbst veranstalteten Konzerten stellen wir Räumlichkeiten auch für externe Veranstaltungen zur Verfügung, wenn diese nichtkommerziell ausgerichtet sind und uns von der inhaltlich/künstlerischen Ausrichtung her "förderungswürdig" erschienen.

A-Café + Vokü

Jeden Montag ab 19:00 Uhr gibt es in der Villa Essen zum Solidaritätspreis. Dazu gibt es möglichst oft Infoveranstaltungen, Vorträge oder politische Filme. Das Ende des Jahres 2004 gestartete Café bietet politisch interessierten Menschen in Darmstadt eine Möglichkeit, sich auszutauschen, kennenzulernen oder einfach nur in gemütlicher Atmosphäre politisch zu informieren.

Umsonstladen

Umsonstladen? Auch die Oetinger Villa hat jetzt einen! Der Sinn und Zweck eines Umsonstladens ist recht einfach beschrieben: Die meisten besitzen Dinge jedweder Art, die sie nicht mehr nutzen können oder mögen, die aber zum Wegwerfen noch zu schade sind, da völlig funktionstauglich. Ein Umsonstladen bietet die Möglichkeit, diese Dinge anderen Menschen zur Verfügung zu stellen und Dinge zu tauschen. Der interessante Punkt daran ist, daß der Tausch kein Tausch sondern ein gegenseitiges Schenken ist. Jede_r kann geeignetes Zeug vorbeibringen und Dinge, die für sie oder ihn von Nutzen sind, nach Belieben mitnehmen.

raum_in

Im September 2009 gründete sich eine neue FrauenLesbenMädchen-Transgendergruppe in der Oetinger Villa. Schwerpunkte der Gruppe sind: eine Feministische Leihbibliothek, Raum für eigene Projekte und Workshops, sowie regelmäßige Gruppentreffen und inhaltliche Auseinandersetzung mit queerfeministischen Themen und Perspektiven. Die vorhandene feministische Literatur wurde durch Bücherspenden von einem Darmstädter Buchladen und der Spende von ausgeschiedenen Exemplaren des Vereins Wildwasser e.V. ergänzt und der gesamte Bestand digital registriert und katalogisiert. Die raum_in Gruppe trägt dazu bei, queerfeministische Inhalte und Themen in Anlehnung an ein antisexistisches Selbstverständnis des Vereins JuKuZ Oetinger Villa zu bearbeiten und dafür Raum und Öffentlichkeit zu schaffen.

Kunstatelier

Der Raum der Kunstgruppe steht künstlerisch Interessierten zur Nutzung offen. Zu festgelegten Terminen und nach Absprache wird der Raum als Atelier genutzt. Im Atelier wird hauptsächlich in den Bereichen Malerei, Plastik und Grafik gearbeitet. Im Web sind wir unter www.oetingervilla.de zu finden.

Infoladen

Der Infoladen im ersten Stock der Oetinger Villa wird im Oktober wiedereröffnet und mindestens eine Stunde vor Beginn des A-Café geöffnet haben. Ziel des Infoladen ist es, aktuelle politische und kritische Informationen zur Verfügung zu stellen, die ansonsten häufig nur schwer zugänglich sind.

Politische Gruppen

Außer für die langfristig angelegten Projekte steht die Projektwerkstatt auch für spontane, kurzfristig ausgerichtete Projekte zur Verfügung und von diesen Möglichkeiten wird auch immer wieder Gebrauch gemacht. Der Projektwerkstatt vorgelagert ist einer der beiden Gemeinschaftsräume des JuKuZ. Dies ermöglicht die Parallelität von Büroarbeit, Gruppensitzungen und sozialen Treffen, wofür die Projektwerkstatt von den Aktiven ebenfalls intensiv genutzt wird. Hier werden exemplarisch einige Gruppen aufgelistet, die die Möglichkeiten der Oetinger Villa nutzen:

Libertäre Sozialist_innen Darmstadt

Die Basis unserer politischen Ziele ist die Überzeugung, dass alle Menschen in der Lage sind, in einer solidarischen Gesellschaft emanzipatorisch, gleichberechtigt, tolerant und respektvoll miteinander in gegenseitiger Unterstützung leben können. Wir wollen einen von Parteien, etablierten Gewerkschaften und Verbänden unabhängigen Raum für politische Arbeit und Diskussionen schaffen, in dem ein offener Prozess der (politischen) Selbstfindung und Reflexion möglich ist. Die Gruppe und ihre Arbeit bzw. politische Ausrichtung soll dabei immer offen und dynamisch bleiben, eben abhängig von den Menschen, die sich in ihr engagieren.

AtomkraftENDE.darmstadt

ist eine Gruppe, die sich für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und eine ökologische, dezentrale und demokratisch kontrollierte Energieinfrastruktur engagiert. Wir sind sowohl neue Leute, wie auch Aktivist_Innen, die seit vielen Jahren in diesem Bereich arbeiten. Als eine Standort-Bürgerinitiative von Biblis haben wir erfolgreich mit dazu beigetragen, dass die zwei Schrottmeiler nach 37 Jahren endlich und endgültig abgeschaltet und stillgelegt werden! Unsere Gruppentreffen sind Donnerstags um 20 Uhr in der Projektwerkstatt der Oetinger Villa (1. Stock).

Das „Nationale Stipendienprogramm“

Elitenförderung statt BAFöG für alle

Das "Nationale Stipendienprogramm", besser bekannt als Deutschlandstipendium, verfolgt hehre Ziele: von einer neuen "deutschen" Stipendienkultur und von Verantwortung der "Bürgergesellschaft" ist auf der offiziellen Seite zu lesen.

Mit monatlich 300€ soll besonders talentierten und engagierten StudentInnen das Studium finanziert werden. Finanziert werden diese Stipendien theoretisch zur einen Hälfte von Bund und Ländern, und zur anderen von Wirtschaftsunternehmen. Da diese die Stipendienausgaben allerdings steuerlich absetzen können, ergibt sich in der Praxis ein anderes Bild: Die Unternehmen tragen 75€ zu den Mini-Stipendien bei, die öffentliche Hand trägt die restlichen 225€. Unter Berücksichtigung, dass die Gelder der Unternehmen größtenteils zweckgebunden für bestimmte Studienfächer investiert werden und die Unternehmen sich einen Platz in der Auswahlkommission sichern, ergibt sich ein eklatantes Missverhältnis von maximaler Einflussnahme bei minimaler Finanzierung.

Mit dem Deutschlandstipendium vollzieht sich in der Sozialpolitik ein Paradigmenwechsel: weg von einer staatlichen Grundfinanzierung mit Rechtsanspruch, hin zu privatwirtschaftlicher Förderung nach dem Feudalprinzip – die Studierenden sind “fördernden” Unternehmen unterworfen. Anstatt eine Grundsicherung der Studiumsfinanzierung für alle zu schaffen, bekommt ein kleiner Anteil der Studierenden einen “Bonus” zu ihrer bereits gesicherten Finanzierung. 77% derer, die sich 2008 gegen die Aufnahme eines Studiums entschieden haben, begründen das mit fehlenden Voraussetzungen zur Studienfinanzierung. Statt diesen 77% ein Studium zu ermöglichen, werden bereits ausfinanzierte Studierende weiter gefördert. Wer von diesen ausfinanzierten Studierenden gefördert wird, bestimmt wiederum die Wirtschaft anhand ihrer “Leistungskriterien”. Die Aufnahmebedingungen werden zwar nominell von den jeweiligen Hochschulen definiert, orientieren sich aber selbstverständlich an den Anforderungen der Unternehmen.

Das Stipendienprogramm steht in Widerspruch zu den von der Regierung besungenen Zielen der Bologna-Reform, wie der Erhöhung der Mobilität von Studierenden. Gehört einE StudentIn zu den 'Glücklichen', die über ein Stipendium gefördert werden, ist es in der Folge nicht mehr möglich, den Studiengang oder die Hochschule zu wechseln, ohne diese Förderung zu verlieren. Solange das Stipendium an Leistung gebunden ist, kann die Zeiteinteilung nicht frei gestaltet werden. Dies führt zu einem Studium mit Scheuklappen, ohne die Möglichkeit, sich mit Bildung an sich zu beschäftigen, ohne Blicke über den Tellerrand des eigenen Studienfachs. Teilzeitstudierende sind damit völlig von der Förderung ausgeschlossen.

Das “nationale Stipendienprogramm” ist ein Elitenförderungsprogramm. Die Stipendien sollen nach von der Wirtschaft definierten Leistungsparametern vergeben werden. Der Grundsatz lautet: "Leistung soll sich lohnen und soll gefördert werden!" (TU-Homepage). Dabei stellt sich die Frage, welche Studierenden wohl am meisten von diesen Stipendien profitieren werden. Zur Erhellung hilft, sich beispielhaft die Stiftung der deutschen Wirtschaft (sdw) anzusehen. Deren Auswahljury setzt sich laut Homepage “überwiegend aus Unternehmensvertretern - vorrangig aus dem Personalbereich” zusammen. Aus den Hochschulen soll also zukünftiges Führungspersonal rekrutiert werden, das den Anforderungen der Personalchefs gerecht wird. Zu diesen Anforderungen schreibt der Finanzdienstleister “Career Concept”: “ein kurzes und fokussiertes Studium gilt immer noch als absoluter Pluspunkt im Bewerbungsgespräch!”. Weiterhin sind natürlich “überdurchschnittliche Studienleistungen […] sehr wichtig” (sdw-Homepage). Diese Zitate beschreiben recht eindrücklich das Bild der für die Wirtschaft attraktiven “Musterstudierenden”: Zielstrebig, naturwissenschaftlich-technisches Fach, Studium in Regelstudienzeit, gute Noten, zusätzlich noch ehrenamtliches Engagement. Der/die ideale StipendiatIn hat somit keine sozialen Verpflichtungen wie Elternschaft, studiert stringent “durch”, ohne nach links (oder rechts) zu schauen, wird nie krank, und hat auch ohne zu arbeiten genügend Geld auf dem Konto. Kurz gesagt: Er/Sie braucht das Stipendium gar nicht! Bestätigt wird diese Tendenz durch die Zahlen des Studierendensurveys 1983-2004 der AG Hochschulforschung der Uni Konstanz: 5,2% der Studierenden aus AkademikerInnenfamilien erhalten Stipendien, jedoch nur 2,1 % der Studierenden aus ArbeiterInnenfamilien. Auch die TU Darmstadt hat das erkannt und führt die Deutschlandstipendien auf der TU-Homepage mit einem bemerkenswerten Satz ein: "Beim Studieren hilft beides: Talent und Geld!"

So kommt das Matthäus-Prinzip zum Tragen: Wer hat, dem wird gegeben! Insbesondere die sozialen Eliten profitieren von diesem Stipendienprogramm – sie werden gefördert. Mit Geldern, die für eine Ausweitung des BAföG anscheinend nicht zur Verfügung stehen.

Die "Deutschlandstipendien" an der TU Darmstadt

2011 wurden die ersten 91 Stipendien vergeben, in diesem Jahr sind es bereits 227, bei denen der Bund den Großteil der Finanzierung übernimmt. Während die TU den "Erfolg" feiert, als erste hessische Hochschule für alle Stipendien private FörderInnen gefunden zu haben, sorgte ein Bericht über den Stipendientag für Schmunzeln. Darin erklärte ein Student, sich von dem Fördergeld einen neuen Anzug für den Stipendientag gekauft zu haben.

AStA informiert zur APB-Novelle

Die 4. Novelle der Allgemeinen Prüfungsbestimmungen (APB) der TU Darmstadt ist beschlossen und mit ihr die Einführung einer mündlichen Ergänzungsprüfung.

Die APB enthalten die grundlegenden Regeln, die Studium und Lehre an der TU betreffen. Die Änderungen der APB wurden unter Beteiligung aller aktiven Gruppen erarbeitet. So haben die Fachschaftenkonferenz und der AStA diskutiert und Stellung bezogen. Am 26. März wurden die wesentlichen Punkte im Rahmen eines ganztägigen Workshops durch eine große statusübergreifende Runde diskutiert. Dieser Entwurf wurde in zwei Sitzungen des Senatsausschusses für Studium und Lehre besprochen und überarbeitet. Beschlossen wurde die Novelle der APB dann am 11. Juli im Senat. Bis zur abschließenden Debatte im Senat haben sich Studierende eingebracht und so das Beste für die Studierendenschaft herausgeholt. Die Einführung einer mündlichen Ergänzungsprüfung ist als großer Erfolg der Studierendenschaft zu werten. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten für das ausgiebige Engagement!

Hier die wesentlichen Änderungen der APB im Überblick:

Die mündliche Ergänzungsprüfung (mEP)

§32: Es gibt jetzt einmalig pro Studiengang eine mündliche Ergänzungsprüfung zur dritten schriftlichen Prüfung. Das bedeutet: Wer dreimal durch eine schriftliche Prüfung fällt, kann sich in einer mündlichen Prüfung, die an die Themen der Klausur angelehnt ist, auf ein „ausreichend“ (4,0) retten. Leider ist die mEP auf eine pro Studiengang begrenzt. Ein Wechsel des Studiengangs ermöglicht eine weitere mündliche Ergänzungsprüfung. Studierende müssen innerhalb von vier Wochen die mEP beantragen. Dies gilt für Prüfungen, deren Ergebnisse nach dem 01.10.2012 bekannt gegeben werden. Ist die Prüfungsform der Drittprüfung im Einvernehmen mit der/m Prüfer/in wählbar, muss man aufpassen! Die Möglichkeit einer mEP verfällt, wenn die Drittprüfung mündlich erfolgt. Die mündliche Ergänzungsprüfung gehört zu einer dritten schriftlichen Prüfung. Die Regelung zur mEP gilt bereits für das Sommersemester 2012! Alle Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen, die eine Drittprüfung in Modulen des Sommersemesters 2012 nicht bestanden haben und ihr Ergebnis bereits erfahren haben, können vom 01. bis 31.10.2012 einen formlosen Antrag auf eine mündliche Ergänzungsprüfung stellen.

Neuregelung der Antwort-Wahl-Aufgaben (Multiple-Choice)

§22a: Nachdem die Rechtsprechung Antwort-Wahl-Aufgaben ohne spezifische Regelungen in Prüfungsordnungen nicht mehr akzeptiert, wurden in §22a Rechtsgrundlagen für selbige geschaffen. Der Multiple-Choice Anteil von Prüfungen soll unter 50% bleiben und es bedarf der Prüfung der Aufgaben durch eine/n zweite/n Prüfer/in. Bei Prüfungen mit MC-Anteil über 50% muss der Fachbereichsrat zustimmen.

Melde und Rücktrittsfristen (§§§ 14, 15, 19)

Der Anmeldezeitraum zu Prüfungen beginnt zentral (Juni bzw. Mitte November) und endet flexibel i.d.R. vier Wochen vor der Prüfung. Ein Rücktritt von einer Prüfung ohne Angabe von Gründen ist in der Regel bis zu einer Woche (bis jetzt vier Wochen) vor der Prüfung möglich. Danach muss zum Rücktritt ein „gesundheitlicher oder ähnlich schwerwiegender Grund“ vorliegen und nachgewiesen werden. Studierende müssen dem Studienbüro sofort Bescheid geben und ein ärztliches Attest innerhalb von drei Kalendertagen vorlegen. Bei Prüfungssonderterminen (Einzelprüfungen z.B. wegen Auslandsaufenthalt) müssen sich Studierenden in der Regel vier Wochen, mindestens eine Woche vor der Prüfung im zuständigen Studienbüro zur Prüfung anmelden.

Weitere Neuerungen:

Präzisierung des Modulbegriffs (§5), Regelung für Modulbeschreibungen (§5 Abs. 8), Präzisierung der Prüfungsberechtigung (Wer darf prüfen?), Neufassung der Regelung über Täuschungsversuche (§ 38), Umsetzung der Lissabon Konvention (§§ 16,17, Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen), Berücksichtigung der dezentralen Studienbüros Neukonzeption der Ordnungen eines Studiengangs (Studienordnung wird zur Studieninformation und die Ausführungsbestimmungen bekommen höheres Gewicht)

Für wen und wann gelten die neuen APB?

Die neuen APB gelten für alle Studiengänge (mit Ausnahme der Diplom-, Magister- und Magistrastudiengänge) ab dem 1. Oktober 2012 und werden in der Satzungsbeilage IV/2012 veröffentlicht. Sie gelten für alle Prüfungen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind. Auf Antrag können Studiengänge nach den bisherigen Bestimmungen zu Ende geführt werden. Widersprechen einzelne Neuregelungen den bisherigen Ordnungen eines Studiengangs, haben die APB Vorrang. Die neuen APB setzen modularisierte Studiengänge voraus. Die laufenden Diplom-, Magister- und Magistrastudiengänge werden nach den alten APB in der Fassung der 3. Novelle vom 11. Februar 2009 (Satzungsbeilage 1/09, S. 3) abgeschlossen.

Die Autonomen Tutorien

Bereits zum vierten Mal bietet Euch der AStA in Kooperation mit der Fachschaft 2 die Möglichkeit, an einem der vielen studentisch organisierten Tutorien teilzunehmen. Die Tutorien werden in Eigenverantwortung von Studierenden für Studierende angeboten. Sowohl die Themenauswahl als auch die Art der Durchführung obliegen - in Absprache mit den Teilnehmer_innen - ausschließlich den Tutor_innen.

Wie bereits auf der Website des AStA kommuniziert wurde, entzündete sich im vergangenen Sommersemester eine heftige Diskussion um die Autonomen Tutorien in der zentralen QSL-Kommission, bei der das gesamte Projekt mit wenig stichhaltigen Argumenten infrage gestellt wurde. Dabei erfährt das Projekt im universitären Alltag mittlerweile breite Unterstützung von Studierenden und Professor_innen. Nachfolgend wird das Projekt vorgestellt und der Konflikt anhand der gemeinsamen Stellungnahme von AStAs und Projektleitung nachgezeichnet.

Das Projekt

Die Tutorien bieten einen Raum innerhalb der Universität, der es ermöglicht, gemeinsam mit Kommiliton_innen verschiedener Fachbereiche selbstständig und ohne Anleitung von Dozierenden wissenschaftliche Diskussionen zu führen und das eigene Studium aktiv mitzugestalten. Ein Autonomes Tutorium ist eine Lern-Veranstaltung von Studierenden für Studierende abseits des vorgeschriebenen Lehrbetriebs. Behandelt werden können wissenschaftliche Themen aus allen Fachbereichen.

„Es ist der Gedanke, daß das Studium an der Universität nicht bloß bessere wirtschaftliche und gesellschaftliche Möglichkeiten erschließt, nicht bloß eine Karriere verspricht, sondern zur reicheren Entfaltung der menschlichen Anlagen, zu einer angemessenen Erfüllung der eigenen Bestimmung die Gelegenheit bietet." (Max Horkheimer)

Wenn es für ein Studium mit kritischem Anspruch ohnehin unverzichtbar ist, sich jenseits der offiziellen Lehrveranstaltungen in Diskussionen und Kontroversen mit dem Stoff des Studiums zu beschäftigen, so ist dies in Zeiten unterfinanzierter Universitäten und überfüllter Lehrveranstaltungen umso mehr geboten. Interessierte Student_innen merken häufig, dass die Pflichtkurse oder das Angebot der Lehrveranstaltungen ein vertiefendes Interesse an einer bestimmten Thematik nicht immer befriedigen können. Ein Selbststudium außerhalb der Lehrveranstaltungen und Klausurvorbereitungsphasen ist dann unumgänglich, wird den Studierenden im Zuge des Bologna-Prozesses jedoch zunehmend erschwert. Gerade im Hauptstudium setzen viele Student_innen Themenschwerpunkte, in denen sie ein umfangreiches Wissen vorweisen können. Dabei kann es unglaublich bereicherndsein, dieses Wissen mit anderen Kommiliton_innen kontrovers zu diskutieren und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Ebenfalls können sich Studierende, die an einem Thema interessiert sind und noch keine tieferen Kenntnisse davon besitzen, gemeinsam mit anderen austauschen. Ob nun höhere oder niedrigere Semester: Autonome Tutorien wollen Student_innen im anonymen Studienalltag zusammenbringen und gemeinsame Bildungsprozesse anregen. Dabei sind die Tutorien nicht an reguläre Veranstaltungen gebunden. Im verschulten Bologna-Studium schaffen sie Freiräume, in denen sich mensch ohne Druck äußern und ausprobieren kann. Die Teilnehmer_innen sind keinem Prüfungsdruck unterworfen und es bleibt ausreichend Zeit, um offenen Fragen nachzugehen. Das Studium wird hier als eine von Fragen geleitete Suchbewegung verstanden, denen in der gemeinsamen wissenschaftlichen Auseinandersetzung nachgegangen werden kann. Gelegenheit hierzu möchten die Autonomen Tutorien allen Studierenden bieten.

"Der Prozeß der Bildung ist in den der Verarbeitung umgeschlagen. Die Verarbeitung – und darin liegt das Wesen des Unterschieds – läßt dem Gegenstand keine Zeit, die Zeit wird reduziert. Zeit aber steht für Liebe; der Sache, der ich Zeit schenke, schenke ich Liebe; die Gewalt ist rasch." (Max Horkheimer)

Aufgrund des hohen zeitlichen Aufwands, der bei der eigenständigen Planung, Vorbereitung, Durchführung sowie Nachbereitung eines Tutoriums entsteht, braucht es eine Finanzierung der Tutorien. Deshalb werden die Tutor_innen und die Projektleitung für die Koordination und Organisation mit Aufwandsentschädigungen unterstützt. Darüber hinaus fallen Sachkosten für die Bekanntmachung der Tutorien in der Studierendenschaft an. Diese Kosten werden über QSL-Mittel finanziert, über die wiederum die QSL-Kommission entscheidet.

Die QSL-Kommission

Die Entscheidung über die Mittel für die Autonomen Tutorien treffen sogenannte "QSL-Kommissionen". Mit der Abschaffung der Studiengebühren 2008 wurden Kompensationsmittel (sog. QSL-Mittel) beschlossen, die direkt vom Land kommen und für die Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen vorgesehen ist. Über die Vergabe dieser Mittel entscheidet die QSL-Kommission. 50% der Mittel werden durch eine zentrale Kommission vergeben, der Rest dezentral über die jeweiligen Kommissionen der Fachbereiche. In der QSL-Kommission sind alle Statusgruppen vertreten, wobei die Studierenden vier von acht Mitgliedern, bisher bestehend aus Vertreter_innen der Hochschulgruppen Fachwerk, Jusos, LHG und GfS, stellen. Das Präsidium, Professor_innen, wissenschaftliche Mitarbeiter_innen und administrativ-technische Mitarbeiter_innen haben jeweils ein Mitglied. Damit haben die Studierenden einen großen Gestaltungsspielraum in der Kommission – da die QSL-Mittel zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden, richten sich auch einige andere Mitglieder vor allem nach den Studierenden, was studentischen Initiativen eigentlich zugute kommen sollte. Der Konflikt um die Autonomen Tutorien spielt sich in der zentralen QSL-Kommission ab. Die Kommission des Fachbereichs 2 unterstützt das Projekt nach wie vor.

Stellungnahme zur geforderten Aussetzung der Autonomen Tutorien

TU-Präsidium, LHG und GfS möchten das Projekt einstellen. Der AStA wird es dennoch fortsetzen.

Nachdem sich die Autonomen Tutorien an der TU Darmstadt seit nunmehr drei Semestern zunehmender Bekanntheit und Beliebtheit erfreuen, wurde nun die komplette Streichung der Finanzmittel des studentischen Projekts beschlossen. Doch damit nicht genug: Es werden weder nachvollziehbare Gründe für diesen Schritt genannt, noch wurde im Vorfeld das Gespräch mit der Projektleitung oder dem AStA gesucht. Auch wurden bereits bewilligte Gelder für das Wintersemester einfach nachträglich gestrichen.

Die Finanzmittel für Autonome Tutorien der Fachschaft 2, die eine Ko-Finanzierung des Projekts stellt, bleiben dagegen unangetastet, reichen aber bei Weitem nicht aus, um das Projekt in seiner jetzigen Form angemessen weiterzuführen. Zwar wird die Einstellung der Autonomen Tutorien seitens der QSL-Kommission mit einer Mängelliste begründet. Irritierend hieran ist aber, dass sämtliche angeführten Punkte bereits erfüllt worden sind bzw. kleinere Änderungswünsche unmittelbar hätten umgesetzt werden können. Stattdessen wurde jedoch die Einstellung des Projekts verkündet. Auf der Website des AStAs findet sich eine Auflistung der „Kritik"-Punkte mit Erläuterungen[1].

Es ist offensichtlich, dass Vorwände gesucht wurden, um dem Projekt die Finanzmittel streichen zu können. Der AStA wurde darauf verwiesen, dass im Februar 2013 dann über eine mögliche Fortführung der Autonomen Tutorien im Sommersemester entschieden werden kann, nachdem ein neuer Förderungsantrag gestellt worden ist. Solch eine Strategie der Verzögerung lehnen wir ab, da sie wohl einzig dazu dienen soll, das Projekt ins Leere laufen zu lassen. Vorbehalte gegen das Projekt gab es von Anfang an. Eben weil die Finanzierung eines größeren studentischen Vorhabens ein Novum darstellte und offenbar Skepsis vorherrscht, ob Studierende in der Lage sind, ein solches Projekt selbstständig und verantwortungsbewusst zu etablieren. Die positive Resonanz in der Studierendenschaft und die steigende Zahl der Teilnehmer_innen sprechen jedoch für sich.

Besonders ärgerlich ist unserer Ansicht nach das Verhalten einiger studentischer Vertreter in der QSL-Kommission. Jochen Göbel von der LHG (defacto FDP-Studierendenorganisation unter Vorsitz eines Burschenschaftlers) und Cem Yalçınkaya (GfS), die beide gegen das Projekt „Autonome Tutorien" gestimmt haben. Beide studentischen Vertreter haben sämtliche Gesprächsangebote im Vorfeld der Sitzung der QSL-Kommission unbeantwortet gelassen. Auch ein Gesprächsangebot, nachdem die QSL-Kommission dem Projekt die Finanzmittel gestrichen hat, wurde wiederholt unbeantwortet gelassen. Ein seltsames Verhalten von Vertretern der Studierendenschaft gegenüber einem studentischen Projekt. Dabei sollten beide doch die Interessen der Studierendenschaft in der QSL-Kommission vertreten. Stattdessen wird, ohne Willen zur Verständigung oder gar einer inhaltlichen Begründung, an der Einstellung studentischer Projekte gearbeitet. Mittlerweile haben sogar die Vertreter_innen der Statusgruppe der Professor_innen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen Kompromissbereitschaft signalisiert, um eine umgehende Fortführung der Autonomen Tutorien zu diskutieren. Einzig die beiden oben genannten studentischen Vertreter und TU-Vizepräsident Christoph Motzko zeigen sich weiterhin kompromisslos und stimmten gegen eine Fortführung des Projekts.

Erstaunlicherweise hat der studentische Vertreter Jochen Göbel von der LHG das Projekt der Autonomen Tutorien im vergangenen Semester unterstützt, nachdem er zwei Semester lang selbst als Tutor in dem Projekt mitgearbeitet hat. Seitdem seine Bewerbung in diesem Semester jedoch abgelehnt wurde, ist seine Unterstützung leider in Ablehnung umgeschlagen. Damit nicht genug, droht Jochen Göbel momentan dem AStA mit einer Klage, um sich, am offiziellen Auswahlverfahren vorbei, mithilfe der Gerichte in ein Autonomes Tutorium einzuklagen. Dieses Vorgehen erscheint uns, gelinde gesagt, äußerst ungewöhnlich. Insbesondere da Jochen Göbel die Absage seiner Bewerbung im April erhalten hat und eine Klageandrohung nun im Juli beim AStA einging. Des Weiteren soll die Beurteilung jedem und jeder selbst überlassen werden, wie kompetent jemand über die Fortführung eines Projekts als Mitglied der QSL-Kommission entscheiden kann, für das er sich im Vorfeld der Entscheidung bewirbt und sodann bei Ablehnung mit einer Klage droht. So schreibt Jochen Göbel auf der Website der LHG im März, vor Abschluss des Bewerbungsverfahrens zu den Autonomen Tutorien: „Die LHG steht dem Projekt 'Autonome Tutorien' generell positiv gegenüber und entschied sich [...] zu einem ja". Am 28. April hieß es dort plötzlich, nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens und der Ablehnung von Jochen Göbels Bewerbung, ebenfalls von ihm selbst verfasst: „Obwohl die LHG die ursprüngliche Idee des Projekts 'Autonome Tutorien' befürwortet, ist die LHG mit der derzeitigen Art und Weise der Durchführung und Leitung des Projekts durch den AStA ganz und gar nicht einverstanden und steht dem Projekt nun mehr als kritisch gegenüber". Eine Angabe von Gründen für diesen Sinneswandel wird leider nicht gewährt. Signifikant geändert hat sich an dem Projekt in dem beschriebenen Zeitraum jedoch nichts, was solch einen Sinneswandel begründen würde.

Der AStA hat nun fristgerecht Widerspruch gegen die Entscheidung der QSL-Kommission eingelegt und prüft mögliche juristische Schritte, um eine Fortführung der Autonomen Tutorien zu ermöglichen. Begründet ist dies aus Sicht des AStA, da im Vorfeld der Entscheidung die Betroffenen nicht angehört wurden, die angeführten Kritikpunkte jeder Grundlage entbehren und der Beschluss der QSL-Kommission nicht satzungsgemäß zustande kam. Der AStA akzeptiert den Beschluss der Kommission deshalb nicht und wird daher auch in diesem Wintersemester das Projekt Autonome Tutorien unterstützen, damit das Angebot für Studierende weiterhin bestehen bleibt. Des Weiteren fordert der AStA das Präsidium der TU nachdrücklich auf, nicht nur die Finanzierung der Autonomen Tutorien fortzusetzen, sondern auch Transparenz bei der Entscheidungsfindung der QSL-Kommission herzustellen und die Sitzungen fortan öffentlich abzuhalten.

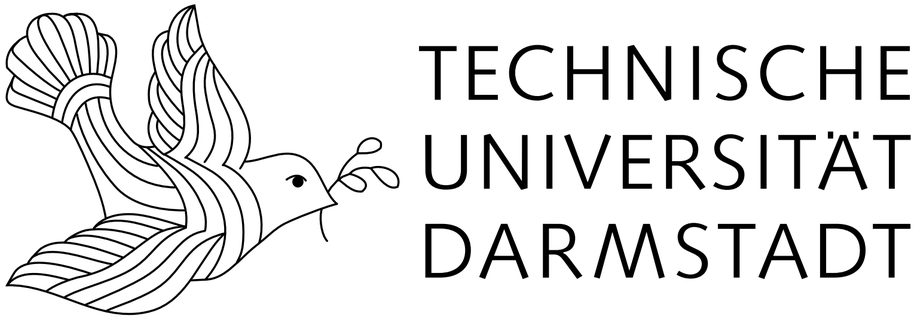
[1] *www.asta.tu-darmstadt.de/cms/uploads/media/Stellungnahme_Autonome-Tutorien_01.pdf*

Ausführliche Informationen zu den Autonomen Tutorien findet ihr auf der ständig aktualisierten Website unter: *www.asta.tu-darmstadt.de/tutorien*

Alle Themen dieses Semesters findet ihr auf unserem Plakat, siehe auch unten.

Zivilklausel – jetzt auch (wieder) an der TU Darmstadt

Fortschritt oder Papiertiger?



Die TU Darmstadt als zivile Hochschule? Ob die Taube einen Olivenzweig oder ein Feigenblatt überbringt, wird sich noch zeigen[*] Montage: Specky

„Forschung, Lehre und Studium an der Technischen Universität Darmstadt sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet." [1]

Mit großer Mehrheit hat die Universitätsversammlung (UV) am 12.09.2012 beschlossen, die Präambel der Grundordnung der TU um obigen Wortlaut zu ergänzen. Damit wurden vier alte Beschlüsse von 1973 aufgehoben, die Ähnliches beinhalteten – doch leider vielen in der Universität unbekannt waren. Um den neuen Text selbst, seine Ursprünge, was er genau bedeutet, was ihn von den alten Beschlüssen unterscheidet und wie es nach dem Beschluss weitergeht – um all dies soll es in diesem Artikel gehen.

Was ist eine Zivilklausel?

Der Bestandteil "Klausel" in Zivilklausel bezeichnet eine Regelung, oft ein einzelner Paragraf oder Unterpunkt einer größeren Ordnung, im Normalfall an einer Forschungseinrichtung oder Universität. Manchmal ist diese Klausel auch einfach nur ein Beschluss eines Gremiums, den man lediglich in den entsprechenden Protokollen nachlesen kann. Das Wort "zivil" bezeichnet den Anspruch, den sich eine Institution oder Person selbst auferlegt. Es ist ein Bekenntnis, Kriegstreiberei und militärische Aktionen nicht zu unterstützen.

Eine der ersten Zivilklauseln wurde am Forschungszentrum Karlsruhe kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs verabschiedet. Das Zentrum hieß damals noch Kernforschungszentrum Karlsruhe. Die alliierten Besatzungsmächte forderten damals diese Klausel, um auszuschließen, dass an diesem Zentrum Forschung etwa an einer deutschen Kernwaffe durchgeführt würde.

Geschichte an der TU Darmstadt

An der TU Darmstadt wurde schon 1973, vom damaligen Universitätskonvent, ein Beschluss gefasst, der grundsätzlich als Zivilklausel bezeichnet werden könnte. Der Konvent ist ein in etwa ähnliches Gremium, wie es heute die Universitätsversammlung ist – quasi das höchste Gremium der Uni. Im Anschluss an den sogenannten „Mainzer Appell", eine Erklärung führender WissenschaftlerInnen gegen weitere atomare Aufrüstung, folgte 1986 ein weiterer Konventsbeschluss. Erarbeitet vor allem von den Professoren Kankeleit und Nickel, wurde darin beschlossen, „daß der Themenbereich Rüstung/Abrüstung, Krieg und Frieden in seinen technisch-naturwissenschaftlichen, humanwissenschaftlichen und politisch-ökonomischen Aspekten und Bezügen durch besondere Lehrveranstaltungen langfristig und angemessen behandelt wird" sowie „Forschungsprojekte initiiert und gefördert werden, die Beiträge zur Abrüstung und Friedenssicherung leisten." Die Beschlüsse standen im zeitlichen Zusammenhang mit dem sog. NATO-Doppelbeschluss und der geplanten Stationierung von Pershing-II-Raketen in Deutschland. Im Gegensatz zum ersten Beschluss gilt diese Entscheidung zur Stärkung relevanter Lehrangebote und friedensstiftender Forschung weiterhin an der TU Darmstadt.

Warum ist aktuell eine Zivilklausel nötig?

Auszug aus den Leitlinien, wie sie für die Universitätsversammlung zum Beschluss über die Zivilklausel zur Erläuterung vorgelegt wurden:

"Die Mitglieder der TU Darmstadt fühlen sich einer friedlichen Ausrichtung der Universität verpflichtet. Eine Zivilklausel etabliert einen Wert, für den eine Universität steht. Als solcher sollte sie neben anderen Zielvorstellungen (etwa: Freiheit von Forschung und Lehre, Einheit von Forschung und Lehre, gesellschaftliche Verantwortung der Universität) Eingang in die konstitutiven Rechtsquellen der Universität finden.

Das Thema Zivilklausel ist zeitlos. Die aktuelle Befassung mit dem Thema erfolgt nicht aufgrund von expliziten Anlässen (etwa aktuellen Forschungsprojekten an der TU Darmstadt[a]). Die TU Darmstadt ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet. Sie wird in ihren Zielvorstellungen und Verfahren die Eigenverantwortung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördern und respektieren.

Drei zentrale Entwicklungen sind für die Aufnahme des Themas auf die hochschulpolitische Agenda verantwortlich, wobei eine in der Universität selbst stattfindet und stattfand, während die anderen beiden durch äußere politische Entscheidungen und gesellschaftliche Veränderungen begründet sind.

Erstens gab es, ausgehend von der Universität durch die erfolgreichen (und wünschenswerten) Autonomiebestrebungen, viele strukturelle Veränderungen in den letzten Jahren. Diese haben den in den 70er Jahren gefassten Beschluss einer zivilen Ausrichtung der Hochschule des damaligen Konvents in den Hintergrund von neuen Ordnungen und Satzungen treten lassen. Im Kontext der Entwicklungen der letzten 40 Jahre soll dieser neu diskutiert und an prominenter Stelle in der Universität verankert werden.

Zweitens erfährt das Thema Zivilklausel in den letzten Jahren bundesweit Aufmerksamkeit. An verschiedenen Universitäten und Hochschulen wird über eine Einführung debattiert. Durch eine Diskussion des Themas an der TU Darmstadt mit allen Statusgruppen besteht für unsere Universität die Möglichkeit, hier richtungsweisende Ideen fortzuentwickeln und lokal, hessen- und bundesweit die Hochschullandschaft mitzuprägen.

Drittens sind Universitäten mehr und mehr auf die Finanzierung durch Drittmittel angewiesen, da die staatliche Grundfinanzierung seit Jahren stagniert oder sogar rückläufig ist. Grundsätzlich besteht damit die Gefahr zunehmender Finanzierung aus Quellen, die implizit oder explizit militärischen Organisationen zugeordnet werden können. Dies ist auch möglich, ohne dass die Forschenden einen militärischen Einsatz ihrer Ergebnisse intendieren[b]. Eine klare Vorgabe, die auf einem breiten Konsens in der Universität beruht, schafft hier verbindliche Regelungen, die solche Finanzierungen vermeiden oder transparent zur Diskussion stellen. Eine solche Regelung kann als positives Argument die Position der TU Darmstadt gegenüber anderen GeldgeberInnen und PartnerInnen stärken.

Alle drei Gründe bieten eine fruchtbare Grundlage für eine lokale Diskussion. Im Rahmen kleinerer Arbeitsgruppen haben sich Mitglieder der TU Darmstadt mit dem Thema auseinandergesetzt. Die vorliegenden Leitlinien sind Ergebnis dieser Diskussionen."[2]

Aktueller Beschluss und Leitlinien

Die Zivilklausel unterscheidet friedliche Ziele und zivile Zwecke. Diese Differenzierung wird im Folgenden erläutert. Ein Schwerpunkt im Umgang mit der Zivilklausel wird die Dual-Use Problematik sein, welche hier ebenfalls beschrieben werden soll.

Friedliche Ziele

Ziele sind erstrebenswerte Sachlagen in Gänze, die keinen weiteren Handlungsbedarf erzwingen. An ihnen orientiert sich die Bildung von Handlungszwecken und die Entwicklung von Handlungsmitteln. Entsprechend der eingangs genannten Orientierungsabsicht sollte für die Ziele die Leitdifferenz „friedlich – kriegerisch" eingesetzt werden. Frieden bedeutet Sicherung der Fortsetzbarkeit des Handelns unter Absehung von personeller Gewaltanwendung und struktureller Gewalt. Unter friedlichen Zielen sind solche zu verstehen, die jenem Kriterium genügen.

Zivile Zwecke

Als Zweck wird der Beweggrund einer zielgerichteten Tätigkeit oder eines Verhaltens verstanden. Es handelt sich also um einen gewollten und als herbeiführbar erachteten Sachverhalt. Zwecke können unter der Leitdifferenz „zivil – militärisch" gefasst werden. Zivil bedeutet nicht für das Militär bestimmt und nicht zum Militär gehörig. Zivile Zwecke sind solche, deren Konkurrenzen mit Mitteln freiheitlich demokratischer Gesellschaften geregelt werden können.

In der Zivilklausel wird die Verfolgung ziviler Zwecke zur Sollens-Regel erhoben. Ausnahmen sind im Einzelfalle möglich, stehen aber unter der Hypothek einer gesonderten Begründung. Grundsätzlich können Ansprüche an Begründbarkeit nur unter der Unterstellung, dass die Gründe öffentlich nachvollziehbar sind, eingelöst werden.

Militärische Zwecke

Militärische Zwecke sind solche, die für ihre Herbeiführbarkeit den Einsatz gewaltsamer Mittel vorsehen und in ihrer Wünschbarkeit entweder unter kriegerischen oder friedlichen Zielen stehen können. Militärische Handlungen unter friedlichen Zielen können im Wesentlichen Handlungen der Sicherung, Versorgung, Aufklärung und unmittelbarer Verteidigung sein. [...]

Dual Use

Unter die Dual-Use Problematik fallen Forschungen, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen sich die Einsatzmöglichkeiten ihrer Forschung bewusst machen, um eine problematische militärische Anwendung bestenfalls ausschließen zu können. Dies betrifft insbesondere Technologien, die eindeutig für aggressive Interventionen optimiert sind, geeignet sind die Aggressionspotentiale zu erhöhen, in ihrem Einsatz die Genfer Konventionen verletzten und, oder durch UN Konventionen geächtet sind." [3]

Zivilklausel Jetzt!

Die Zivilklausel lebt von ihrer Anwendung. Ein einmaliger Ausspruch über ihre Wichtigkeit entfaltet noch nicht ihren Wert für die Universität. Dazu ebenfalls aus den Leitlinien zur Zivilklausel:

Zivilklausel als Prozess

Die Einführung einer Zivilklausel an der TU Darmstadt soll kein einmaliger Akt einer Regeländerung sein. Die gemeinsame Vorstellung der Verpflichtung auf friedliche Ziele ist etwas, dass nur durch kontinuierliche Befassung mit dem Thema volle Wirkkraft entfalten kann. Es ist nicht einfach, eine sachgemäße Abgrenzung zwischen zivil und militärisch zu ziehen. Die Gefahr von Dual-Use besteht bei vielen Forschungsobjekten, die an der TU Darmstadt bearbeitet und weiterentwickelt werden.

Daher soll die Tätigkeit einschlägiger Entscheidungsgremien auf dem Hintergrund prozesshafter Aktivitäten in vier Bereichen stehen: Diskussionsprozesse, Lernprozesse, Erfahrungsprozesse und Lehrprozesse.

Diskussionsprozesse: Diese Prozesse sind von besonderer Wichtigkeit für eine Zivilklausel, sie kommen auch in den anderen drei genannten Prozessen vor. Trotz gutem Verständnis der Zusammenhänge und angesammelter Erfahrung im Forschungs- und Lehrbereich kann es immer wieder dazu kommen, dass eine Entscheidung über militärisch oder zivil bzw. friedlich/nicht friedlich nur schwer oder möglicherweise gar nicht zu treffen ist. Es ist jedoch geboten, eine ausgewogene und offene Diskussion über diese Fragen mit anderen Mitgliedern der Universität und über die Universität hinaus zu führen. Dabei können Wege gefunden werden, wie die Vorgabe von friedlichen Zielen erfüllt werden kann.

Lernprozesse: Was bedeutet die Verpflichtung auf friedliche Ziele? Was müsste bei neuen Projekten beachtet werden? Dies sind Fragen, die im Laufe des Lernprozesses zu beantworten sind. Hier bietet die Universität ihren Mitgliedern Raum und Unterstützung, damit die Ideen dieses Leitbildes fachübergreifend und fächerspezifisch von allen verstanden werden können.

Erfahrungsprozesse und Monitoring: Mit zunehmender Zeit wird es unterschiedlichste Erfahrungen mit dieser Zivilklausel geben. Es ist geboten, diese in der Universität weiterzugeben und in Lernprozesse einzuspeisen. Gewonnene Erfahrungen halten Grundsätze und Leitlinien aktuell.

Lehrprozesse: Die Universität dient der Forschung und der Bildung. Die Vermittlung von Fähigkeiten zur Entscheidung zwischen friedlichen und kriegerischen Zielen und dem Bewusstsein für die Dual-Use Problematik findet Eingang in Lehrveranstaltungen und Studienpläne. Spezielle Lehrveranstaltungen könnten sich auch exemplarisch mit der Rolle von Wissenschaft in Konflikten und Kriegen, aber auch in der Friedensschaffung beschäftigen.

Im Rahmen jedes dieser vier Teile sind alle Mitglieder der Universität gefragt, sich mit Gedanken und Inhalten der Leitlinien zu beschäftigen. Die Beschäftigung soll nicht abstrakt und isoliert stattfinden, sondern im Kontext von existierenden betrieblichen Weiterbildungs-, Lehr und Forschungstätigkeiten. Dadurch soll vorgebeugt werden, dass die Einführung der Zivilklausel ausschließlich als Belastung empfunden wird. Vielmehr finden einschlägige Verfahren Eingang in die alltägliche Praxis." [4]

Wie kam es zu der Zivilklausel?

Die Zivilklausel kam in einem hochschulpolitisch sehr spannenden Verfahren zustande. Im Vorfeld der Sitzung der Universitätsversammlung stellten VertreterInnen der Studierendenschaft einen ersten Antrag zur Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung. Der damalige Vorschlag ähnelte dem nun beschlossenen, doch fehlten ausführliche Leitlinien. In der Sitzung selbst gab es, eingebracht vom Vorstand der Universitätsversammlung, einen alternativen Vorschlag: eine Resolution der UV sollte verabschiedet werden. Die AntragstellerInnen des ersten Antrags hielten dies für nicht ausreichend, so wurde das Thema vertagt und an eine Arbeitsgruppe verwiesen.

Diese Arbeitsgruppe bestand vor allem aus Mitgliedern der Universitätsversammlung, war aber offen für alle Universitätsangehörigen. Dies wurde auch rege genutzt, so dass zu einem ersten „Hearing" rund vierzig Personen aller Statusgruppen zusammenkamen, um konstruktiv zu diskutieren. In diesem Treffen wurden die groben Richtungen abgesteckt, welche anschließend von einer kleineren Gruppe redaktionell umgesetzt wurden. Die „Redaktionsgruppe" traf sich einige Male im Verlauf des Jahres, und erarbeitete den beschlossenen Satz sowie die dazugehörigen, erklärenden Leitlinien. Das Ergebnis wurde nochmals in einem größeren Hearing besprochen, überarbeitet und schlussendlich in der Universitätsversammlung vorgestellt.

Bedeutung für Studierende

Die Zivilklausel bietet den Studierenden der TU Darmstadt eine Orientierungsmöglichkeit bei der Arbeit im Studium und in den Arbeitsgruppen an Instituten. In allen Disziplinen kann das Problem des Dual-Use identifiziert und beschrieben werden. Die Zivilklausel hilft nun, einen Umgang mit dem Dual-Use zu finden und verhindert die kategorische Ablehnung der Disziplin. Daher garantiert die Zivilklausel die Freiheit von Forschung und Lehre.

Die Zivilklausel ergänzt die Antwort auf die Frage nach der Aufgabe einer Universität als Institution in ihrer Gesellschaft. Durch die Ausrichtung auf zivile Zwecke stellt die Universität ihren gesellschaftlichen Anspruch klar. Studierende stehen damit in der Verantwortung, diesem Anspruch gerecht zu werden. Eine Idee vom friedlichen Ziel der Wissenschaften gibt dem Studium einen übergeordneten Sinn und den Studierenden, auch nach dem Studium, einen klaren Auftrag.

Zukunft an der TU Darmstadt

Der Beschluss der Universitätsversammlung gibt zunächst nur einen weiten Rahmen und legt grundsätzlich fest, wie sich die Universität in Zukunft verhalten will. Genaue Verfahrensvorschriften und Umsetzungsanweisungen, beispielsweise wie mit einzelnen Forschungsprojekten umzugehen ist, wurden noch nicht festgelegt. Diese Aufgabe sieht die Universitätsversammlung beim Senat der TU Darmstadt. Dieser soll solche Festlegungen treffen und eventuell Gremien schaffen oder bestehende mit neuen Aufgaben versehen. Viele Mitglieder der UV, genauso wie SenatorInnen, äußerten sich bisher motiviert, dieses Verfahren nun fortzusetzen und an der Zivilklausel weiterzuarbeiten. Wir sind alle gespannt, wie die Umsetzung aussehen wird – hier gibt es noch viele Möglichkeiten für Studierende, die Universität mitzugestalten. Bisher gibt es nur wenige Hochschulen, die eine solche Klausel eingeführt haben. Lediglich ein paar Universitäten in Deutschland, Österreich und Japan haben eine Zivilklausel. Die TU Darmstadt sollte als gutes Vorbild vorangehen und bei ihren Partnerschaftsuniversitäten, sowie in hochschulübergreifenden Gremien, Werbung für diese Sache machen. Nachdem an der TU Darmstadt das Modell „autonome Universität" erprobt wurde, fanden viele dieser Elemente Eingang in das Hessische Hochschulgesetz. Letzteres wäre sicherlich auch ein guter Ort für eine hessenweite Zivilklausel.

von Moritz Kütt und Martin Wunderlich

Kommentar

Sich häufende Berichte über militärische Einsätze sollten uns nicht vergessen lassen, dass Krieg etwas Abnormales ist. Die Ratlosigkeit im Syrienkonflikt und die Militäreinsätze bei den Revolutionen in Nordafrika dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es möglich ist, zivile Konfliktlösungen zu erarbeiten und anzuwenden. Diese Erarbeitung muss schon im Studium beginnen. Die Zivilklausel sollte der Anstoß sein, sich mit zivilen Lösungen auch für militärische Konflikte auseinander zu setzen.

Mag sein, dass sich der einzelne Student oder die einzelne Studentin durch Überlegungen über friedliche Konfliktlösungen bei der Erschließung ihrer Disziplin gebremst fühlt, mag sein, dass die Disziplin keine direkte Möglichkeit bietet, das Thema einzubeziehen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, das Thema anderen zu überlassen, nur weil diese sich schon länger damit beschäftigen. Ein militärischer Einsatz hat nicht seine Richtigkeit, nur weil ihn jene, die sich schon länger damit beschäftigen, für richtig halten. Diese Menschen kennen sich damit nicht besser aus, sie sind sich nur einig darin, dass sie im Krieg eine Lösung sehen. Wenn die zivile Konfliktlösung Thema in allen Disziplinen der TU Darmstadt wird, kann daraus eine Atmosphäre entstehen, die friedliche Konfliklösungen allein dadurch ermöglicht, dass sie als Alternative wahrgenommen werden. Jede Person kann in ihrer Disziplin nach friedlichen Konfliktlösungen suchen.

Klar ist, dass (fast) keinE StudierendeR an einem Panzer schraubt, dass die meisten Theorien mit Panzern nichts zu tun haben, aber trotzdem ist eine Zivilklausel wichtig. Nicht nur wegen den zahlreichen Möglichkeiten, Technologien und Erkenntnisse sowohl für zivile als auch militärische Zwecke zu nutzten, sondern auch, um ein Verständnis für die Notwendigkeit friedlichen Umgangs zu entwickeln. Wenn bei allem, was gelehrt und geforscht wird, begründet werden kann, warum es friedlichen Zielen zugute kommt, dann entsteht kein Zweifel am Willen zum Frieden und zur Zivilklausel. Auch wenn deine Disziplin rein garnichts mit militärischen Aktionen zu tun hat, kannst du ihnen trotzdem die Akzeptanz absprechen.

von Martin Wunderlich

Quellen:

[1] Einladung zur Universitätsversammlung der TU Darmstadt vom 12.09.2012, TOP 4 Zivilklausel, S.1. *https://intern.tu-darmstadt.de/media/dez_i/gremienorganisation_id/universitaetsversammlung/einladung_1/2012-09-12_Einladung_und_Anlagen.pdf* (06.10.12)

[2] Vgl. Ebd. , S. 1

[3] Vgl. Ebd. , S. 2

[4] Vgl. Ebd. , S. 3

[a] siehe dazu auch: Antwort der TU Darmstadt auf Kleine Anfrage der Fraktion "Die Linke" im hessischen Landtag.

[b] vgl. Entwicklungen in Großbritannien: Reports der Organisation "Scientists for Global Responsibility", *www.sgr.org.uk/publications/reports-and-briefings*

[*]

Die Entstehung der verfassten Studierendenschaft

Von der Idee zur komplexen Struktur

Die verfasste Studierendenschaft blickt in Deutschland auf eine beinahe 200jährige Geschichte zurück und ist eng mit der Geschichte des deutschen Nationalstaates verknüpft. Als gesellschaftliche und politische Akteur_innen haben Studierende immer wieder maßgeblich Einfluss auf historische Prozesse ausgeübt oder diese vorweg genommen.

Die Ursprünge der verfassten Studierendenschaft reichen zurück auf die politischen Bestrebungen zu Anfang des 19. Jahrhunderts, die zur Bildung des deutschen Nationalstaates führten. Aus der völkischen Bewegung heraus gründete sich im Jahr 1815 die Jenaer Urburschenschaft. Sie formulierte bereits die Idee einer gemeinschaftlichen Organisation aller Studenten (da Burschenschaften nur männlichen Studierenden offen stehen), die von den Nachfolgeverbindungen übernommen wurde. Diese Vereinigung richtete sich ausschließlich an die Korporierten – also in Verbindungen organisierten – und sollte einen ersten Schritt auf dem Weg zur nationalen Einheit Deutschlands darstellen. Die gegen die feudalistische Kleinstaatenordnung gerichtete, nationalistisch-völkische Geisteshaltung des 19. Jahrhunderts, aus der diese Ideen entsprangen, wird als Deutschnationalismus bezeichnet. Entgegen häufig anzutreffender Geschichtsverfälschung gab es unter den Deutschnationalen nur geringe demokratische Bestrebungen. Ziel war vielmehr die Errichtung eines deutschen Kaiserreiches, als Bezug auf das mystifizierte "Heilige Römische Reich deutscher Nation". Mit der offiziellen Reichsgründung im Jahr 1871 schien diese Idee verwirklicht, doch führte statt in eine „glorreiche" Zukunft auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs.

Die ersten ASten

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts traten die ersten „allgemeinen Studentenausschüsse" (AStA bzw. ASten) auf, deren Selbstanspruch in einer politischen Repräsentation aller, also auch der nichtkorporierten, Student_innen bestand, gleichwohl setzten sie sich nahezu ausschließlich aus Verbindungsstudenten zusammen. Die Beispiele machten schnell Schule und es kam an immer mehr Hochschulen zu AStA-Gründungen. 1919 bildeten deutsche und österreichische Studierendenausschüsse in Würzburg einen ersten Dachverband, die Deutsche Studentenschaft (DSt). Deren Hauptanliegen war die rechtliche Anerkennung der studentischen Ausschüsse. Ein Jahr später erfolgte diese erstmalig in Preußen und fand innerhalb kürzester Zeit deutschlandweit Nachahmung. Damit war die Grundlage für die Verfasstheit der Studierendenschaften gelegt.

Rechtsruck und Auflösung

Ab Mitte der 1920er Jahre, kurz nach Gründung der Weimarer Republik, erlangten erneut nationalistische und insbesondere antisemitische Kräfte wachsenden Einfluss, was unter anderem auf die starke Präsenz von Korporierten zurückzuführen ist, da sich die Verbindungen zu einem Hort republikfeindlichen und reaktionären Gedankenguts entwickelt hatten. Dies ging so weit, dass eine Reform des preußischen Studentenrechts, die zum Ziel hatte, die Mitgliedschaft in den Studierendenschaften von Rasse, Staatsangehörigkeit und Bekenntnis unabhängig zu machen, per studentischer Urabstimmung mit einer Dreiviertel-Mehrheit abgelehnt wurde. Zwar löste der preußische Staat die Studierendenschaften infolge dessen auf, allerdings bestanden die bereits etablierten Studierendenparlamente weiter und der Nationalsozialistische Studentenbund (NSDStB) konnte schnell Mehrheiten gewinnen. Dieser bildete im studentischen Dachverband DSt, gemeinsam mit weiteren rechtskonservativen Studentenorganisationen, den „völkischen Flügel", der sich innerhalb kürzester Zeit gegenüber den republikanischen Kräften durchsetzen konnte.

Geburtshelferin der Gleichschaltung

Nach der Machtübernahme der Nazis, die die Studierendenschaften 1933 wieder eingeführt hatten, wurde die, inzwischen vom NSDStB geführte, Deutsche Studentenschaft zur alleinigen obersten Vertretung aller Studierender mit deutscher Abstammung erklärt, womit die Gleichschaltung der verfassten Studierendenschaften eingeleitet wurde. In Folge der Auflösung der Studentenverbindungen 1934, die größtenteils widerstandslos erfolgte – obwohl es Ausnahmen wie die Heidelberger Burschenschaft Saxo-Borussia gab – kam es zur faktischen Entmachtung des DSt und der NSDStB wurde im gleichen Atemzug mit der ideologischen Ausrichtung und Führung aller studentischer Arbeit beauftragt. Bedingt durch die anfängliche Aufgeschlossenheit der Verbindungen und der Studierendenschaften gegenüber der Nazi-Ideologie und den NSDStB, war die Gleichschaltung der studentischen Organisationen in Eigeninitiative vollzogen worden.

Unter den Talaren...

Kurz nach Kriegsende führten die Alliierten die verfasste Studierendenschaft wieder ein, um die Studierenden mit demokratischen Entscheidungsprozessen und Verhaltensweisen vertraut zu machen. Eine Bekämpfung der Strukturen, die der Entwicklung des deutschen Faschismus Vorschub geleistet hatten, blieb im Zuge von Entnazifierung und Demokratisierung allerdings weitestgehend aus. Zwar wurde die Deutsche Studentenschaft als NS-Organisation verboten, aber bereits ab 1946 wurden an vereinzelten Hochschulen Burschenschaften und Corps zugelassen. Auf der anderen Seite kam es bereits in den ersten Nachkriegsjahren zu einer großen Zahl an Hochschulgruppengründungen, die jedoch häufig nur kurzzeitig bestanden. Etablieren konnten sich hingegen die parteipolitisch ausgerichteten Gruppen. So gründete sich beispielsweise 1946 in Hamburg der SDS (damals SPD-Jugendorganisation) und 1951 in Bonn der RCDS. Mit dem Verband deutscher Studentenschaften (vds) wurde 1949 ein neuer Dachverband gegründet, der bis 1990 Bestand hatte, allerdings nie offiziell aufgelöst wurde. Der vds konnte erreichen, dass 1957 eine allgemeine Studienförderung eingeführt wurde, aus der später das BAföG hervorging. Die größte Zahl der Studierendenschaften und damit auch die ASten waren bis Mitte der sechziger Jahre konservativ dominiert. Von ihnen initiierte politische Veranstaltungen hatten vornehmlich die Kritik am System der DDR und an der Teilung Deutschlands zum Inhalt.

Kritik und Strukturwandel

Ab Mitte der sechziger Jahre vollzog sich in den Studierendenschaften ein tiefgreifender Wandel. So gewannen politisch links orientierte Hochschulgruppen deutlich stärkeren Einfluss in den studentischen Vertretungsgremien. Außerdem kam es im Zuge der Student_innen-Proteste, die aus den USA nach Europa übergriffen, zu einer generellen Politisierung der Studierenden. Die formulierte Kritik hatte dabei zwei Stoßrichtungen: Einerseits wurde die unflexible und hierarchische Hochschulstruktur, andererseits die nicht aufgearbeitete Nazivergangenheit, der Militarismus und generell das kapitalistische System angeprangert. Die zuerst in explizit linken studentischen Kreisen formulierte Unzufriedenheit mit der Adenauer-Politik hatte, zumindest indirekt, ein wachsendes politisches Interesse der Bevölkerung zur Folge. Nicht zuletzt deshalb ging die ab 1969 regierende Koalition aus SPD und FDP inhaltlich stärker auf die Forderungen der Studierenden ein. So wurde beispielsweise in einigen Bundesländern die Drittelparität in Hochschulgremien eingeführt.

(Verpasste) Option auf Demokratie

Den neu erworbenen Mitbestimmungsrechten der Studierenden standen konservative Professoren von Anfang an feindselig gegenüber und sie legten 1973 erfolgreich Verfassungsbeschwerde gegen die drittelparitätische Gremienbesetzung ein. Bis auf den heutigen Tag stellen deshalb Professor_innen in nahezu allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten. Doch nicht nur Mitbestimmungsrechte wurden als Reaktion auf die politische Linksorientierung der Student_innen eingeschränkt. Auch die Möglichkeiten der politischen Positionierung und damit die Teilnahme wurden beschnitten. In vielen Landesgesetzen wurde, bei Umsetzung des ersten Hochschulrahmengesetzes von 1976, das politische Mandat der studentischen Vertreter_innen abgeschafft. Das bedeutet, dass sich ASten seitdem ausschließlich „hochschulpolitisch" äußern dürfen. Deutlich weiter gingen die Einschränkungen in Bayern und Baden-Württemberg. Die CDU/CSU-Regierungen dieser Länder schafften die verfasste Studierendenschaft 1973 bzw. 1977 kurzerhand ab. In Berlin wurde sie, nach einem Verbot 1969, im Jahre 1978 wieder eingeführt.

Ein Dachverband der Studierendenschaften?

Wie bereits erwähnt kollabierte 1990 der Dachverband der Studierendenschaften, vds. Nach mehreren fehlgeschlagenen Anläufen gelang es 1993, eine neue Vereinigung ins Leben zu rufen, den freien zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), dem zur Zeit etwa 70 von 400 Studierendenschaften angehören, von denen aber nur die wenigsten reguläre Beiträge entrichten. Die politische Ausrichtung der Studierenschaften hat sich in den letzten Jahren zunehmend diversifiziert, weshalb es von der fzs-Gründung an zu Konflikten über dessen politische Ausrichtung kam. So wird der Verband von der einen Seite als linksideologisch, von der anderen als parteipolitische Spielwiese kritisiert, was zu diversen Austritten geführt hat. Ein anderes Problem stellt die Struktur, genauer gesagt die Stimmgewichtung in der Mitgliederversammlung, dar. Während zu Beginn jeder Mitgliedsstudierendenschaft eine Stimme zustand, wurde im Zuge einer Reform im Jahr 2001 eine Stimmstaffelung eingeführt, d.h. die Zahl der Stimmen richtet sich nach der Zahl der von der jeweiligen Studierendenschaft vertretenen Student_innen. Infolge dessen kam es zu einer, nach wie vor anhaltenden, internen Diskussion über den Ansatz demokratischer Mitbestimmung, die ebenfalls zu Austritten führte. Hinzu kommt, dass sich der fzs, laut Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin 2004, "unbestritten regelmäßig allgemeinpolitisch äußert", womit den Verfechter_innen des hochschulpolitischen Mandates ein weiterer Kritikansatz geliefert wurde. All das hat zur Folge, dass der fzs ein weitestgehend handlungsunfähiges Gremium ist. Die schwindende Mitgliederzahl bewirkt, dass großen Studierendenschaften, die hohe Beiträge entrichten, jenseits der regulären Strukturen viel Einfluss zukommt und sie, quasi im Alleingang, die Richtung des Dachverbandes bestimmen, während kleinere als Stimmvieh auf Mitgliederversammlungen verkommen.

Aktuelle Entwicklungen

In letzter Zeit haben sich die Debatten um die Beschränkung von studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten kaum entspannt. Zwar hat die amtierende, grün-rote Regierung Baden-Württembergs die verfasste Studierendenschaft im Juni diesen Jahres wieder eingeführt, doch insbesondere konservative Kräfte fordern im Gegenzug seit einiger Zeit deren deutschlandweite Auflösung, zuletzt der Bundesverband der Jungen Union im vergangenen August. Dass es sich dabei nicht um politische Eintagsfliegen oder Plattitüden handelt, beweisen die aktuellen Ereignisse in Sachsen. Dort wurde am 26. September diesen Jahres die Mitgliedschaft in der Studierendenschaft auf die Basis der Freiwilligkeit gestellt. Einzig in Sachsen-Anhalt gibt es eine vergleichbare Regelung. Ob und wie sich dies auf die Handlungsfähigkeit der verfassten Studierendenschaft auswirkt, bleibt abzuwarten.

Weiterführende Informationen:

www.pm-buendnis.de

www.lakhessen.de

www.fzs.de

www.de.wikipedia.org/wiki/Studierendenschaft

Solidarität mit den Sächsischen Studierenden

Landes-ASten-Konferenz Hessen: Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz schafft Verfasste Studierendenschaft ab, streicht Freiversuche und führt Langzeitgebühren ein

Schon seit einiger Zeit gibt es breite Diskussionen um den einen neuen Gesetzesentwurf zum Sächsischen Hochschulgesetz. Darin will die Sächsische Landesregierung Studierenden ermöglichen, aus der Studierendenschaft auszutreten. Das Ende des studentischen Solidarmodells an den Hochschulen hätte tiefgreifende Auswirkungen auf die Mitbestimmung und die Einflussmöglichkeiten von Studierenden, liegt die Stärke der Verfassten Studierendenschaft doch gerade in ihrer Vertretung aller Studierender. Darüber hinaus wären Kooperationen wie das Semesterticket nicht mehr möglich. Der Landesregierung scheint nicht klar zu sein, was sie mit einer vermeintlich so kleinen Änderung des Hochschulgesetzes bewirkt. Die Auswirkungen auf die Studienbedingungen, gerade bei sozial benachteiligter Studierenden, wären fatal.

Gravierend ist auch die Einführung von Langzeitstudiengebühren. Bundesweit befinden sich Studiengebühren auf dem Rückzug, verschiedene ASten planen zum Wintersemester eine Kampagne, um allgemeinen Studiengebühren auch in den letzten verbliebenen Bundesländern Niedersachsen und Bayern endgültig abzuschaffen. Betroffen werden durch Langzeitstudiengebühren vor allem Studierende mit Krankheit und Behinderungen, Studierende mit Kind und Studierende, die nebenbei arbeiten müssen, um sich das Studium zu finanzieren. Die ohnehin schon massive finanzielle Belastung durch wesentlich gesteigerte Krankenversicherungsbeiträge, fehlendes Kindergeld und ausgelaufener BAföG-Anspruch wird damit weiter verschärft, die Studienabbrüche besonders sozial benachteiligter Studierende nehmen zu.

Die Gesetzesänderungen sehen auch einen weiteren Umbau der Hochschullandschaft zu unternehmerischen Hochschulen vor. Den Hochschulen sollen das Recht erhalten werden, sich "selbstständig" zu machen, sich an Unternehmen zu beteiligen oder diese zu übernehmen. Eine ähnliche Entwicklung zur „autonomen Hochschule" bzw. zur Stiftungsuni ist bei der TU Darmstadt und der Uni Frankfurt schon weit fortgeschritten. Damit wird die Finanzierung der Hochschulen immer weiter auf privatwirtschaftliche Einnahmen gestützt und die Länder ziehen sich schrittweise aus der Finanzierung der Hochschulen zurück.

Doch die geplanten Änderungen zum Hochschulgesetz schaffen noch weitere Verschlechterungen der Studiensituation. Bisher war es möglich, Prüfungen vor dem vorgesehenen Zeitpunkt innerhalb des Studienablaufes abzulegen, bei Nichtbestehen galten die Prüfungen als nicht durchgeführt. Durch die Unterfinanzierung der Hochschulen und die mangelnden Kapazitäten soll jetzt der Freiversuch gestrichen werden, statt genügend Personal in den Prüfungsämtern einzustellen. Dass sich die Situation dadurch bessert, ist aber mehr als fraglich, der Arbeitsaufwand wird durch die steigenden Studierendenzahlen eher noch zunehmen.
Die Landes-ASten-Konferenz Hessen kritisiert daher die geplanten Änderungen zum Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz aufs Schärfste und fordert die Sächsische Landesregierung auf, sie zurückzunehmen. Wir solidarisieren uns mit allen betroffenen Studierenden und fordern sie zu entschlossenen Protesten auf!

Kommentar: Prömel und die Präsident*innenwahl

links: taz-Inserat des AStA
oben: MC Prömel rockt die crowd - *nicht*

In diesem Wintersemester steht an der TU Darmstadt die Präsident*innenwahl an.

Dass der amtierende Präsident Hans Jürgen Prömel erneut kandidiert, hat der AStA zum Anlass genommen, ein Inserat in der taz aufzugegeben, um eine oder einen Präsident oder Präsidentin zu finden, der oder die sich für studentische Belange einsetzt.

Ein Präsidium, das sich für die größte Statusgruppe an der Hochschule – die Studierenden – einsetzt, ist nötiger denn je. Prömel ist vor allem eins wichtig: Über alles selbst entscheiden zu können. Autonomie und Selbstorganisierung, wie sie von verschiedenen studentischen Projekten immer wieder gefordert wird, steht dem diametral entgegen. Die leidigen Diskussionen um die Autonomen Tutorien und TUtor International und die Blockadehaltung der Uni sind Ausdruck des straffen Zentralisierungsprozesses des Präsidiums, der gerne als positive Entwicklung der Hochschulautonomie dargestellt wird.

Der "Prömel"-Kurs, der außer auf Zentralisierung und Autorität auch auf Elite, Exzellenz und Drittmittel setzt, begreift Bildung als Ware, bei der Mitbestimmung überflüssig ist – schließlich gibt es verschiedene Produkte (ehem. Hochschulen und Studiengänge), zwischen denen die Kund*innen (ehem. Studierenden) auswählen können. Damit steht das Präsidium im Einklang mit der Landespolitik und dem neoliberalen Think-Tank Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Gut befreundet ist Prömel auch mit Werner Müller-Esterl, dem Präsidenten der Uni Frankfurt. Die „Stiftungshochschule" hat schon Blüten wie Aldi-Hörsäle getrieben und nimmt eine Vorreiterrolle für die zukünftige – die unternehmerische – Hochschule ein.

Ob ein*e studierendenfreundliche*r Präsident*in überhaupt gewählt würde, ist allerdings fraglich. Potentielle Kandidat*innen müssen nämlich durch den, vor allem durch Unternehmer*innen besetzten, Hochschulrat, der gerne auch mal den*die eine*n oder andere*n geeignete*n Bewerber*in unter den Tisch fallen lässt. Praktischerweise wurde auch die Hälfte des Rates durch unseren aktuellen Präsidenten Prömel besetzt, die andere Hälfte vom Land.

Doch selbst bei den Studierenden in den Gremien hat sich inzwischen durchgesetzt, von Exzellenz zu sprechen, weil das gut ankommt und der neue Drittmittelrekord ist ja eigentlich auch eine gute Nachricht. Eine Stiftungsprofessur von Merck? Prima, das bringt mehr Praxis in die Lehre! Der größte Erfolg der studentischen Senator*innen dieses Jahr war, dass Drittmittelstellen auch in der Lehre arbeiten müssen und Unternehmen damit noch mehr Einfluss auf die Lehre bekommen. Was da noch aus Studierendensicht gegen Prömel spricht, ich weiß es nicht.

Die unternehmerische Hochschule wirkt. Beste Vorraussetzungen also für eine zweite Amtszeit Prömels. Ich gratuliere nicht.

von Hans Beck

Wahlausgang mit überraschenden Ergebnissen

Die Wahlen zu Studierendenparlament und Universitätsversammlung in 2012 haben die hochschulpolitischen Karten neu gemischt. In beiden Fällen konnte die neue Liste masch+ eine große Zahl an WählerInnenstimmen auf sich vereinigen, während RCDS und Jusos herbe Verluste erleiden mussten.

Der Auftritt der neuen Listen masch+ und GfS hat das hochschulpolitische Kräfteverhältnis an der TU Darmstadt massiv verändert. Zum ersten Mal traten beide Listen zur Wahl des Studierendenparlamentes (StuPa) an und konnten aus dem Stand 21,5 (masch+) bzw. 5,6 (GfS) Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Dieser Erfolg hatte zur Konsequenz, dass die etablierten Listen teilweise drastische Einbußen hinzunehmen hatten.

Die nach wie vor stärkste Fraktion FACHWERK kommt auf 26,2 Prozent der Stimmen und hat im Vergleich zum Vorjahr sechs Prozentpunkte verloren. Sie stellten bisher, in Koalition mit den Campusgrünen, die 17,4 Prozent erreichen konnten, den AStA. Das erfahrene Gespann wird sich für die kommende Legislaturperiode somit nach einer neuen Partnerin umsehen müssen. Laut gut informierten Kreisen kommen dafür speziell die Jusos in Frage, die von 18,5 auf 12,5 Prozent abgerutscht sind, wodurch lediglich eine knappe Mehrheit erreicht werden könnte (56,1%) und die "Neulinge" mit der Oppositionsbank vorlieb nehmen müssten.

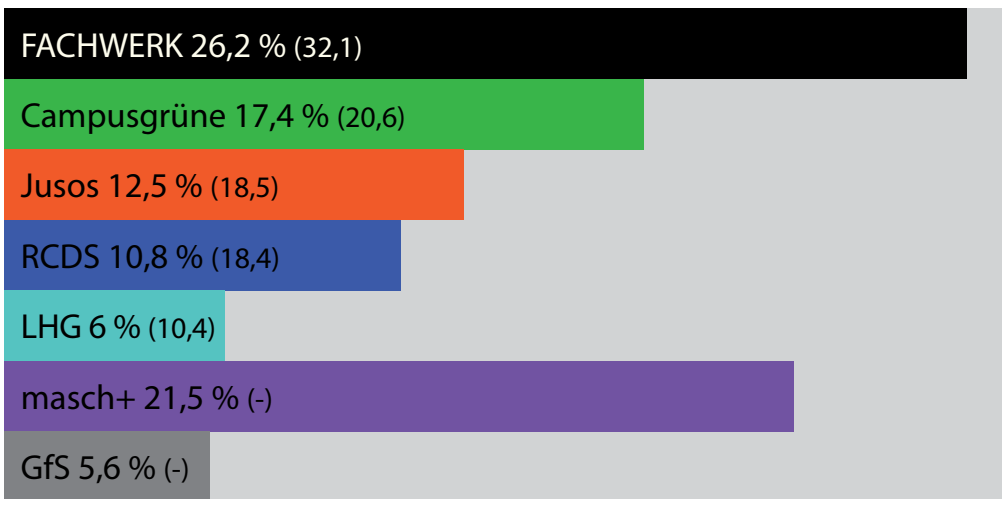
Bitter fiel die Wahl für den RCDS aus, der im vergangenen Jahr noch einen großen Erfolg feiern konnte. Ehemals bei über 18, fielen die Konservativen in 2012 auf 10,8 Prozent ab. Ob die Gruppe dem in sie gesetzten Vertrauen nicht gerecht werden konnte, personelle Entscheidungen oder die Stärke der neuen Listen für den Verlust von beinahe acht Prozentpunkten verantwortlich sind, ist unklar. Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) konnte ebensowenig feiern, liegt ihr Ergebnis mit 6 Prozent doch nur 0,4 Punkte über der Neueinsteigerin GfS.

In der Universitätsversammlung (UV) zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Neuen von masch+ erlangten im ersten Anlauf 21,6 Prozent und liegen damit komfortabel zwischen FACHWERK, die mit 26 Prozent Stimmanteil die stärkste Fraktion stellen, und den Campusgrünen, die 17,7 Prozent erhielten. Die Jusos (12,3%) verloren fünf, der RCDS (10,8%) sogar knapp sieben Prozentpunkte. LHG und GfS liegen mit 6 bzw. 5,6 Prozent etwa gleichauf.

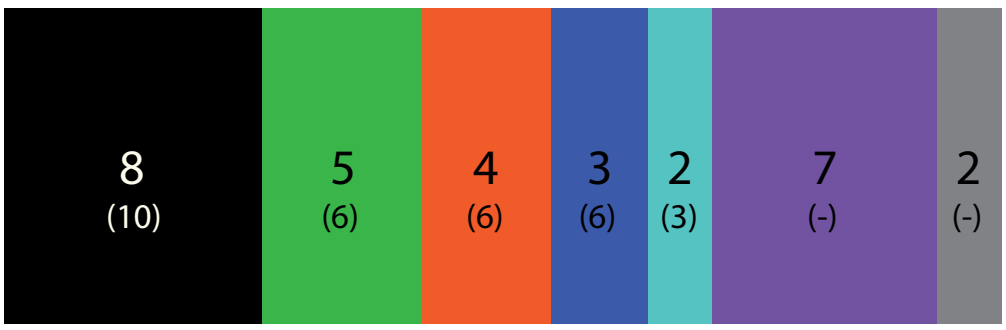
Gleichwohl ist in der UV die Sitzverteilung weitaus bedeutsamer als im Studierendenparlament, da diese im Prinzip die Wahl der studentischen Senatsmitglieder bestimmt. FACHWERK kommt demnach auf vier Sitze, womit ein Senatsplatz gesichert ist. Campusgrüne und masch+ erhalten jeweils drei Sitze, womit sie ebenfalls je einE SenatorIn ernennen können. Der RCDS, der zwei Sitze an masch+ verloren hat, liegt mit einem UV-Sitz mit LHG und GfS gleichauf. Damit werden die Jusos, die zwei Sitze innehaben, zu den sprichwörtlichen "Königsmacherinnen".

Enttäuschend ist die weiterhin niedrige Wahlbeteiligung. Lediglich 4.337 StudentInnen, oder 18,9 Prozent, haben ihre Stimme abgegeben. Damit folgt die Wahlbeteiligung dem Trend der letzten Jahre (2011: 22,4%, 2010: 23,4%), der sich auch Landes-, Bundes- und Europaebene abzeichnet, allerdings nicht in dieser Deutlichkeit. Definitive Wahlsiegerin ist schlussendlich die Fraktion der NichtwählerInnen, woran sich auf absehbare Zeit auch nicht viel ändern wird.

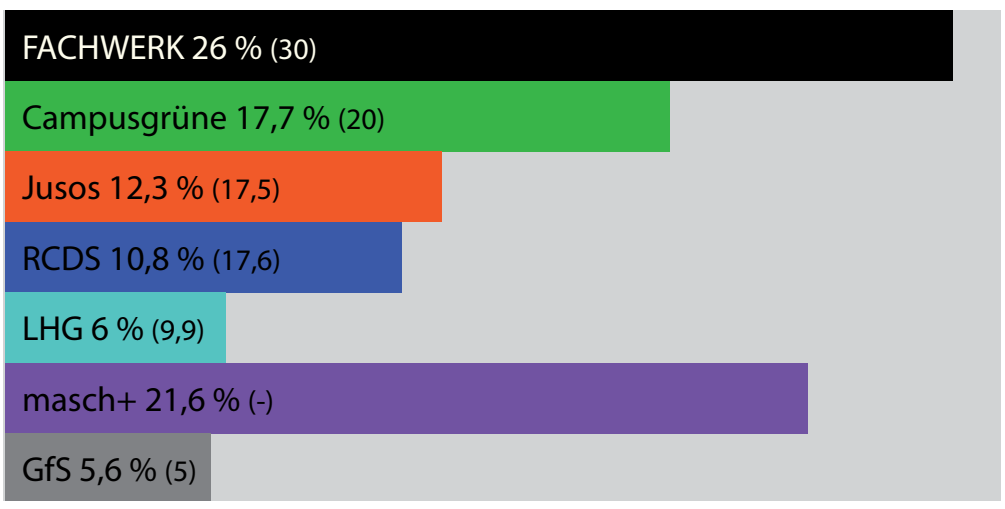
Ergebnis der Wahl für das Studierendenparlament 2012.
In Klammern das Vorjahresergebnis.



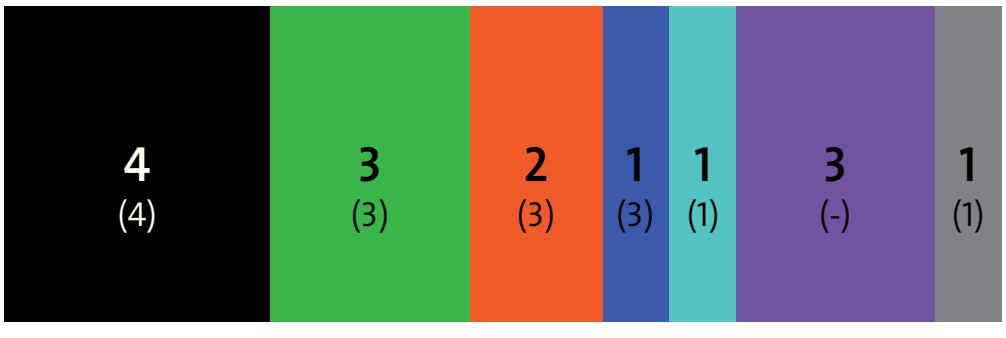
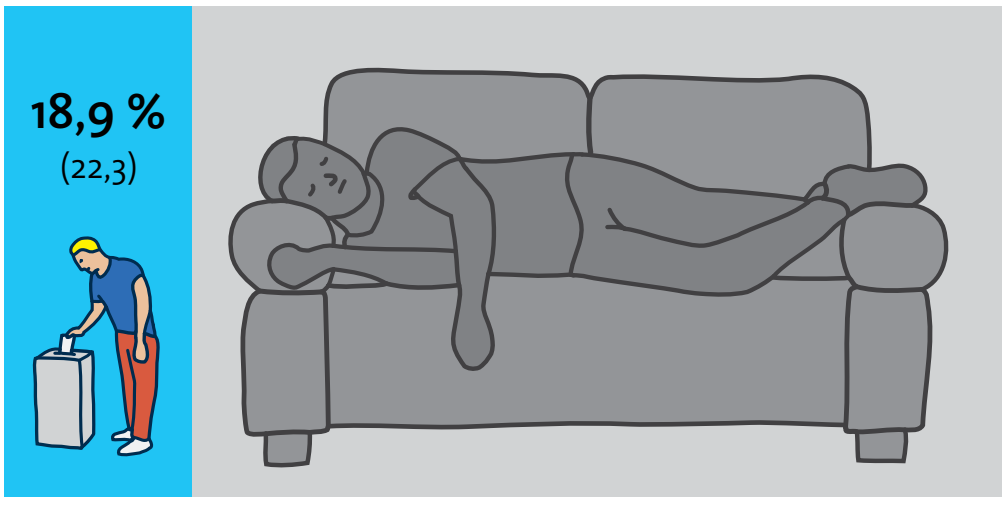
Verteilung der Sitze des Studierendenparlaments 2012.
In Klammern das Vorjahresergebnis. Insgesamt sind 31 Sitze zu vergeben.



Ergebnis der Wahl für die Universitätsversammlung/Studierende 2012.
In Klammern das Vorjahresergebnis.



Verteilung der Sitze der Universitätsversammlung/Studierende 2012.
In Klammern das Vorjahresergebnis. Insgesamt sind 15 Sitze zu vergeben.



Durchschnittliche Wahlbeteiligung zur Wahl von Studierendenparlament und Universitätsversammlung 2012.